

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL



CHANGE

Neue Horizonte: Wie Stiftungen sich in der
Bildungspolitik neu positionieren.

INTERVIEW Eva-Maria Stange

»Wir leben hier im Osten,
nicht in Sibirien«

PROFILE Birgitta Wolff

Frankfurts Uni-Chefin setzt
auf starke Argumente

13 FRAGEN AN Swen Schulz

»Studiengebühren sind wie das
Ungeheuer von Loch Ness«



Gefördert durch die
GlücksSpirale
VON LOTTO

Tempora mutantur

»Heute stehen kaum noch Themen zur ökonomischen Modernisierung von Gesellschaft und Institutionen auf der Agenda der Stiftungen in der Bildungs- und Hochschulpolitik«

**Achim Meyer
auf der Heyde**

Als wir in der Redaktion darüber diskutierten, für die Titelgeschichte dieser Ausgabe die bildungspolitischen Aktivitäten der Stiftungen genauer anzusehen, kamen uns die alten Schlagworte der 1990er Jahre sofort wieder in den Sinn: New Public Management, durchgreifende Modernisierung des öffentlichen Sektors, Entfesselte Hochschulen, Dezentralisierung von Kompetenzen, Autonomie, Ökonomisierung vieler Bereiche der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, also auch des Bildungs- und Hochschulbereichs.

Die Debatte wurde damals mit relativ harten Bandagen, ideologisch, wenn nicht gar verbissen, geführt. Es gab reichlich Polemik, kaum Differenzierung, viel Schwarz-Weiß. Da fanden sich auf der einen Seite die Befürworter einer ökonomisch orientierten Hochschulpolitik und von Studiengebühren, zum Beispiel das von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz getragene Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das im vergangenen Jahr sein 20-jähriges Bestehen feierte. Auch wir als DSW steckten nicht zurück, positionierten uns früh und deutlich dagegen. Ich weiß noch, wie im Januar 2005 der gesamte Vorstand des DSW – nach langer Gegenwehr – die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts zu Studiengebühren live im Fernsehen verfolgt hat.

Nicht zuletzt infolge der Finanzkrise ist der apodiktische Glaube an die Öko-

nomie, an den freien Wettbewerb – als den einzig wahren Garanten einer optimalen Daseinsvorsorge – längst aufgeweicht. Abgesehen davon, dass Studiengebühren politisch erledigt sind: Heute stehen kaum noch Themen zur ökonomischen Modernisierung von Gesellschaft und Institutionen auf der Agenda der Stiftungen in der Bildungs- und Hochschulpolitik. Vielmehr legen sie nun in sozialkritischer Manier den Finger in die Wunde, monieren beziehungsweise lindern Fehlentwicklungen einer auseinanderdriftenden Gesellschaft.

Change – Barack Obamas berühmter Leitbegriff aus seinem ersten Wahlkampf – trifft gut, was unser Autor Christian Füller recherchiert und zusammengetragen hat. Bertelsmann, CHE, Gemeinnützige Hertie-Stiftung & Co. haben sich gewandelt. Wir haben es mit neuen Themen, mit neuem Personal zu tun, auch mit einem neuen Selbstverständnis dieser millionenschweren Thinktanks.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre

Ihr

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des
Deutschen Studentenwerks
»achim.meyeraufderheyde@
studentenwerke.de



**WEIT WEG IST NÄHER,
ALS DU DENKST.**

Nicht recycelte Smartphones landen auf den Müllhalden Westafrikas, wo sie unter menschenfeindlichen Bedingungen ausgeschlachtet werden. Wir alle können etwas ändern:

Globale-Nachbarn.de



POLITIK

/ 12-21



»Wir leben hier im Osten, nicht in Sibirien«

Die sächsische Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange setzt sich für eine bessere Finanzierung der Studentenwerke ein und will die Studienabbrecherquote senken. Interview von Tilmann Warnecke / 18



Neue Horizonte: Wie Stiftungen sich in der Bildungspolitik neu positionieren.

Von Christian Füller / 12

Foto: Kay Herschelmann

PRAXIS



Kunst lebt

Das größte Ausstellungsereignis für Studierende ist der Wettbewerb „Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus“ in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Jetzt ist es wieder so weit. Von Stefan Grob / 26

„Die Chemie muss stimmen“

Bundesweit leben die meisten Studierenden alleine oder mit Partner in einer eigenen Wohnung. In Marburg ist das anders: Hier ist die WG die beliebteste Wohnform. Von Gesa Coordes / 22

Zweite Chance

Potenziellen Studienaussteigern soll früher geholfen werden. Die zentralen Anlaufstellen für Studierende stellen sich neu auf. Von Klaus Heimann / 28

Fotos: Christian Rettschlag, Rolf Oeser, Lars Nickel; Illustration: Jacqueline Urban

PROFILE



Die Unprätentiöse

Einst flog sie in Sachsen-Anhalt aus dem Kabinett, weil sie dem Ministerpräsidenten öffentlich widersprach. Jetzt ist sie die erste externe Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main: Birgitta Wolff. Von Frank van Bebber / 30

CAMPUS

Kurz, knapp und informativ: Zahlen, Daten und Fakten aus der Bildungswelt / 6

+ Teamwork
Die Verknüppler / 11

PERSPEKTIVE



Mismatch

Präventive Bildungspolitik wäre die beste Arbeitsmarktpolitik. Es müssten nur endlich einige Maßnahmen ergriffen werden. Von Gerhard Bosch / 34

13 FRAGEN AN ...

...Sven Schulz, Mitglied im Haushaltsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags / 36

Ein Gedanke noch

Der DSW-Präsident hat das letzte Wort / 38





Mit inneren Werten: die Passivhäuser der Wohnanlage Boeselagerstraße, Münster, von Kreisings Architekten GmbH

Passiv bunt

NACHHALTIGES WOHNEN Rot, Gelb, Grün und Blau - die vier Gebäude der Studierendenwohnanlage Boeselagerstraße des Studentenwerks Münster sind nicht nur von außen attraktiv. Der 2014 fertiggestellte Komplex am Aasee ist derzeit Europas größte studentische Passivhausssiedlung: ausgestattet unter anderem mit Geothermie, einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung, 3-fach-Verglasung und einem 24 cm Wärmedämmverbundsystem. Die



vier unterschiedlich gestalteten Baublöcke bieten unmöblierte Unterkünfte für 535 Studierende - Einzelpersonen, Paare und Wohngruppen. Die Grundrisse können an veränderte Nutzungsanforderungen flexibel angepasst werden. 2014 bekam die Wohnanlage im Rahmen der „Auszeichnung guter Bauten 2014 des BDA Münster-Münsterland“ eine Anerkennung. *gr/jaw*
» www.studentenwerk-muenster.de

Wussten Sie schon, dass ...



... **23 %** der Studierenden einen Migrationshintergrund haben? Mehr als **3/4** von ihnen haben die **deutsche Staatsbürgerschaft**, das sind **77 %**. Fast jeder dritte Studierende mit Migrationshintergrund (**31 %**), aber nur jeder fünfte Studierende ohne Migrationshintergrund (**22 %**) bezieht BAföG. Studierende mit **Migrationshintergrund** gehören anteilig mehr als **4x** so häufig wie ihre Kommilitonen ohne Migrationshintergrund zur Bildungsherkunft „niedrig“, **21 %** versus **5 %**.

» www.sozialerhebung.de

Fotos: Münsterview/Tronquet, impressed/Michael Neumann (2x)

Meister Proper im Wohnheim

GRATIS-PUTZ-SET Jetzt gibt es keine Ausreden mehr: Alle Studierenden, die neu in ein Wohnheim des Akademischen Förderungswerks (AKAFÖ) einziehen, bekommen mit dem Mietvertrag ein Putz-Set geschenkt. „Home Clean Home“ - unter diesem speziell dafür gegründeten Markennamen vertreibt das AKAFÖ die bunten Reinigungsmittel. Zum Set gehören drei verschiedene Flaschen: Magenta fürs Bad, Blau für die Fenster und Orange als Allrounder. Die Neon-Farben und die auffälligen Etiketten sollen Verwechslungen verhindern. Jeder Studierende erhält zusätzlich kostenlos einen Eimer mit Wringensatz, einen Wischmopp, Mikrofasertücher und mehrsprachige Gebrauchsanleitungen. Weil die zum Wintersemester 2014/2015 gestartete Aktion so erfolgreich war, können inzwischen auch Nicht-Studierende mit „Home Clean Home“ putzen, allerdings müssen sie die Reiniger kaufen. *jaw*
» www.akaföe.de



Schön bunt: Neue Gratis-Reinigungsmittel für Studierende

Click your Life!

INTERAKTIVES VIDEOSPIEL Als Studierender muss man täglich Entscheidungen treffen. Und nicht selten steht man ratlos vor mehreren Möglichkeiten. Mit dem interaktiven Videospiel des Studierendenwerks Freiburg kann man jetzt die Konsequenzen einer Entscheidung virtuell erleben - und erfährt gleichzeitig, wie und wo man Unterstützung bekommen kann. *ml*
» www.swfr.de/publikationen/imagefilme

Fotos: Akademisches Förderungswerk, DFG/Jens Jeske



HEIKO SAKURAI

Bildungs-Journalismus



Karl-Heinz Reith

Er ist, wenn nicht der wichtigste, so sicher der bestvernetzte Bildungsjournalist dieser Republik: Karl-Heinz Reith, bis Ende 2014 in Diensten der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Mehr als 30 Jahre begleitete - manche sagen sogar: beeinflusste - er die deutsche Bildungspolitik: kritisch, unabhängig, meinungsstark, mit dem

Gedächtnis eines Elefanten, ein beherrzter Kämpfer gegen Studiengebühren. Die Jahre nach dem PISA-Schock von 2001 waren seine hohe Zeit; Bildungsthemen waren plötzlich ganz oben auf der politischen Agenda. Keine Studie, die er nicht vorab hatte - und deutete. Jetzt haben ihm zu Ehren Wissenschaftler, Weggefährten und Gewerkschaftler einen wissenschaftlichen Sammelband vorgelegt. Lobhudelei? Sehr wenig. Dafür viel selbstkritische Auseinandersetzung mit Politik, mit Bildungsforschung, mit dem „Agenda Setting“ von Medien und Ministerien. Persönliches nur sehr distanziert, eingebettet in übergreifende Fragestellungen. Der dpa-Korrespondent Reith hätte seinen Spaß daran. *sg*
» www.waxmann.com



KURZ GESAGT



Die Exzellenzförderung ist die strahlende Seite einer Medaille, deren dunkle die Vernachlässigung der Grundversorgung der Studenten mit einer ordentlichen Lehre ist«

Holger Schmale in der Berliner Zeitung vom 10. März 2015

ZAHLENWERK Studentenwerke wirtschaftlich

Studentenwerke erwirtschaften

65%
IHRER EINNAHMEN

über ihre Hochschulgastronomie und ihre Wohnheime.

Die Aufwandsersatzung für die Förderungsverwaltung beträgt

96.489.478
Euro

Die Zuschüsse der Bundesländer machen nur **9,1%** der Einnahmen aus, die Semesterbeiträge der Studierenden **16,4%**.

In den **1990er Jahren** betragen die Länderzuschüsse noch

25 Prozent

der Einnahmen der Studentenwerke.

» www.studentenwerke.de/de/content/studentenwerke-im-zahlenspiegel-20132014

Die gesamten Einnahmen der

58

Studentenwerke in Deutschland betragen rund

1,58

MILLIARDEN EURO

QUELLE: DEUTSCHES STUDENTENWERK

EINE FRAGE ...

Die Pakte sind geschlossen – was ist nun in der Hochschul- und Bildungspolitik erforderlich?

Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



Kai Gehring MdB
Bündnis 90/Die Grünen

Die neue Verfassungslage muss genutzt werden: Sie muss der Wissenschaft faire Karrieren statt prekäre Befristungen bringen und den Hochschulen eine bessere Grundfinanzierung. Zudem brauchen die Infrastrukturen des Wissens ein Modernisierungsprogramm, damit sie wieder auf der Höhe der Zeit sind.

» www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke MdB
Die Linke

Die Probleme im Bildungssystem bleiben: unzureichende Grundfinanzierung, fehlende soziale Infrastruktur und schlechte Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft. Wir müssen weg von einer Politik der Pakte hin zu einer verstetigten Grundfinanzierung!

» www.nicole-gohlke.de



Ernst Dieter Rossmann MdB
SPD

Die Tops: Ein Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs, ein neues Wissenschaftszeitvertragsgesetz, der Ausbau der Fachhochschulen. Ein Schub für die Hochschulen in der Exzellenzinitiative: mit mehr Spitzenforschung, mehr Kooperation und mehr Internationalität. Dazu: Meister-BAföG verbessern, Berufsbildungsreform, Allianz für Aus- und Weiterbildung.

» www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht MdB
CDU/CSU

Im Hochschulpakt sind nun klare Ziele vereinbart. Die Einstellung von Personal gehört dazu. Wir erwarten, dass mit dem Geld verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs geschaffen werden. Außerdem sollen mehr beruflich qualifizierte Zugang zu den Hochschulen erhalten. An beiden Punkten ist uns sehr gelegen.

» www.albert-rupprecht.de

Fotos: Stefan Kaminski, Die Linke, privat, Nina Altmann

Grenzenlos lecker

DEUTSCH-POLNISCHES KOCHBUCH

Lange sind sie schon Partner: das Studentenwerk Halle und die polnische Universität Warmińsko-Mazurski in Olsztyn mit deren Stiftung ZAK. Nun präsentieren sie ihre Zusammenarbeit kreativ und appetitlich mit Rezepten, die bei den Studierenden besonders beliebt sind und zum Nachkochen einladen. Das Kochbuch kostet 7,50 Euro plus Versandkosten und kann bestellt werden. *ml*

» geschaeftsfuehrung@studentenwerk-halle.de



Radgeber – Hilfe zur Selbsthilfe



Friedemann Goerl befördert Andrea Diekhof, Geschäftsführerin des Studentenwerks Leipzig

FACHKUNDIGE ANLEITUNG Selbst sind die Studierenden: Ein kaputtes Fahrrad wird in Leipzig eigenhändig repariert. In zwei Werkstätten, die aus dem Mobilitätsfonds des Studentenwerks finanziert werden, können Studierende kostenlos ihre Fahrräder reparieren. An zwölf Arbeitsplätzen liegt Werkzeug bereit. Und wer nicht weiter weiß, kann sich schnell und kompetent beraten lassen. *ml*

» www.radgeber-leipzig.de

Wem Ehre gebührt

»Es wurden viele meiner Verdienste genannt, aber das Wichtigste ist, dass es zahlreiche Menschen gibt, die mir dabei geholfen haben«

DAS WAREN DIE WORTE, mit denen sich Hans-Dieter Rinkens, ehemaliger Rektor der Universität Paderborn und von 1996 bis 2006 Präsident des Deutschen Studentenwerks, bedankte, als ihm jetzt das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen wurde. Und das ist es auch,

was den Mathematik-Professor Rinkens auszeichnet: Er hat sein jahrzehntelanges vielfältiges Engagement in den Bereichen Bildung und Kultur kompromisslos in den Dienst junger Menschen gestellt. Hans-Dieter Rinkens hat sich immer für mehr soziale Durchlässigkeit im deutschen Hochschulsystem eingesetzt – uneitel, uneigennützig und unnachgiebig. Wenn einer das Bundesverdienstkreuz verdient hat, dann er. *ml*

» www.kreis-paderborn.de
» www.studentenwerke.de



KOLUMNE

Auf ein Wort

Welt der Superlative

Da kommt Freude auf: Es gibt schon wieder ein neues Ranking. Sechs deutsche Hochschulen schaffen es unter die Top 100 in der Welt, so schreibt die britische Institution „Times Higher Education“ im März dieses Jahres. Wow. Befragt wurden die Professoren und Hochschullehrer. Okay, ich ziehe mein Wow wieder zurück. Ich würde meinen Brötchengeber auch nicht schlechttreden, wenn es um ein öffentliches Ranking ginge. Denn: besseres Renommee, mehr Kohle. So einfach ist die Formel. Doch was sagt so ein Ranking aus? Nichts, absolut gar nichts. Es ist eines mehr unter vielen Rankings. Neben der schönsten Frau, der originellsten Automobilwerbung, dem besten World Press Foto, dem reichsten Menschen, dem gesündesten Lebensmittel – und ungezählten weiteren Kategorisierungen und Klassifizierungen für mittlerweile alle Lebensbereiche – wird übersehen, dass sich alles langsam, aber sicher in Beliebigkeit auflöst. Für alles und nichts gibt es mittlerweile solche fragwürdigen Bewertungen. Wir leben in einer Welt der Superlative. Bleibt die Frage: Wofür brauchen wir die eigentlich? Nehmen wir als Beispiel das aktuelle Hochschul-Ranking, bei dem als beste deutsche Hochschule die Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München abgeschnitten hat, nämlich auf Platz 35. Welchen Nutzen haben wir jetzt davon? Oder hat diese Meldung wenigstens einen Unterhaltungswert? Wollen wir jetzt alle unsere Kinder – sofern sie die Voraussetzungen dazu haben – auf diese Top-Hochschule schicken? Die LMU wird sich bedanken. Ich flehe Euch an: Bitte, hört auf mit den elendigen Rankings, denn es besteht die Gefahr, dass sich Menschen daran orientieren und davon leiten lassen. By the way: Gibt es eigentlich ein Ranking für Kolumnen? Marijke Lass, Chefredakteurin

» marijke.lass@studentenwerke.de



Erste Hilfe

INTERNATIONALE STUDIERENDE

Von Apotheke bis Zuzahlung: Das neue „Illustrierte Gesundheitswörterbuch“ gibt ausländischen Studierenden einen Überblick über das deutsche Gesundheitssystem - auf Deutsch und Englisch. Anhand von Dialogen und kurzen Texten werden Situationen, Fakten und Vokabeln anschaulich erklärt: Krankenversicherung, Arztbesuch, Überweisung oder Impfausweis. Gestaltet hat die 24 Seiten der Grafiker Florian Geppert, von ihm stammen auch die Zeichnungen im

Bestseller „Illustriertes Wohnheimwörterbuch“. Herausgegeben wird das Gesundheitswörterbuch vom Deutschen Studentenwerk, es kann kostenlos bestellt oder im Internet heruntergeladen werden. jaw

» www.studentenwerke.de/sites/default/files/gesundheitswoerterbuch.pdf

BESONDERHEIT
DAS PUBLIKUM
MACHT MIT

Ganz spontan!

THEATER Ohne Drehbuch, ohne Proben: Das erste Improvisationstheater-Festival in Oldenburg war ein großer Erfolg! Auf dem SpontanOL präsentierten 45 Künstler aus ganz Deutschland im Februar 2015 ihre kreativen Programme. Besonderheit: Das Publikum konnte die Aktionen auf der Bühne durch Zurufe beeinflussen. An den vier Tagen kamen über 700 Zuschauer in die drei Workshops und sieben Shows. Organisiert

AKTIV
SCHNELL
SPRITZIG
KREATIV

wurde das Festival von den beiden Gruppen „Wat Ihr Wollt“ und „12 Meter Hase“, dem Oldenburger Universitäts-Theater sowie von Unikum, dem Kulturreferat des Studentenwerks Oldenburg. Das nächste SpontanOL findet im April 2016 statt - langfristig soll es ein regelmäßiges Event werden. jaw

» www.spontanol.de

» www.studentenwerk-oldenburg.de



IMPRESSUM

DSW-Journal, Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)

Ausgabe 1/2015, 10. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär

Chefredakteurin: Marijke Lass (ml) marijke.lass@studentenwerke.de

Redaktion: Stefan Grob (sg), Sabine Jawurek (jaw), Cornelia Greve (gr)

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt:

Prof. Dr. Gerhard Bosch, Gesa Coordes, Christian Füller, Dr. Klaus Heimann, Frank van Bebber, Tilmann Warnecke

Fotos: Akosua Viktoria Adu-Sanyah, Nina Altmann, Joachim Blobel/Magdalena Cichon, Deutscher Bundestag/Patrick Liste, DFG/Jens Jeske, Die Linke, Kay Herschelmann, impressed/Michael Neumann, Stefan Kaminski, Saori Kaneko, Simone Kessler/Annabell Lachner, Kreisverwaltung Paderborn, Iris Maurer, Katrin Melcher, Münsterview/Tronquet, Lars Nickel, Rolf Oeser, Swen Reichhold, Christian Retschlag, Rolf Schulten, Studentenwerke: Akademisches Förderungswerk, Bielefeld, Marburg, Oldenburg; Universität Duisburg-Essen, Rolf K. Wegst, Richard Welz, ZDH/Stegner, Titel: @ecco/fotolia.com

Grafik: Atelier Hebing, www.atelierhebing.de

Karikatur: Heiko Sakurai

Illustrationen: Dominik Herrmann, Jan Rieckhoff, Jacqueline Urban

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH, www.henrich.de

Beratung: Helmut Ortner, www.ortner-concept.de

Anzeigen: dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2015

Redaktionsanschrift: Deutsches Studentenwerk e. V. Redaktion DSW-Journal Monbijouplatz 11 10178 Berlin Tel.: +49(0)30-29 77 27-43 Fax: +49(0)30-29 77 27-99

E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de

Internet: www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

KURZ UND KNAPP

Welcome



Lydia Hüskens ist die neue Geschäftsführerin des Studentenwerks Halle. Aus dem Referat Universitäten und Hochschulen im Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt wechselte sie Anfang 2015 an die Spitze des Studentenwerks.

» www.studentenwerk-halle.de



Sigrid Schreiber war 30 Jahren lang ständige Vertreterin des Geschäftsführers im

Studentenwerk Bielefeld und dort auch als kaufmännische Leiterin tätig. Seit Januar 2015 hat sie die Geschäftsführung kommissarisch übernommen.

» www.studentenwerk-bielefeld.de



Peter Schink ist seit November 2014 kommissarischer Geschäftsführer des Studentenwerks Münster. Damit ist er nicht neu im Geschäft. Als ehemaliger Geschäftsführer des Kölner Studentenwerks ist er aus seinem Ruhestand zurückgekehrt, um dieser Tätigkeit für eine Übergangszeit nachzugehen.

» www.koelner-studentenwerk.de

SERIE TEAMWORK im Studentenwerk

9 10 11 12 13 14 15 16



DIE VERKUPPLER

Das Team „Wohnen für Hilfe“ des Studentenwerks im Saarland e. V.

Wer passt zu wem? Diese schwierige Frage stellt sich das Team von „Wohnen für Hilfe“ des Studentenwerks im Saarland e. V. jeden Tag aufs Neue. Die drei stiften Wohnpartnerschaften: Studierende leben bei Senioren, Menschen mit Behinderung oder Familien mit Kindern – und zahlen wenig bis gar keine Miete. Dafür helfen sie im Alltag. Entwickelt haben dieses Projekt in Saarbrücken 2009 Heike Savelkouds-Diener (m.) und Dieter Horn (r.). Der Journalist

und Marketingexperte begleitet die Paare von der Bewerbung bis zur Vermittlung – mit sehr viel Sensibilität. Die Erziehungswissenschaftlerin ist für Spenden, Sponsoring und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Seit 2014 ergänzt Mo Yang (l.) das Team. Die Pädagogin betreut vor allem die Sprechstunde für Studierende. Oft entstehen aus den Partnerschaften sogar echte Freundschaften: „Das macht uns schon ziemlich stolz.“ jaw

» www.studentenwerk-saarland.de

» www.wohnen-hilfe.de

Fotos: Studentenwerk Oldenburg, privat; Studentenwerk Bielefeld, Katrin Melcher; Foto (rechts): Iris Maurer

TEXT: Christian Füller ILLUSTRATIONEN: Jan Rieckhoff

Vor Kurzem meldete sich Frank Ziegele wieder einmal zu Wort. Ziegele ist Chef des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, einer Denkfabrik für die Hochschulen. Es ist ein moderater Text von Ziegele als Co-Autor in der Wochenzeitung DIE ZEIT. „Mehr Breite wäre Spitze!“, heißt das Stück, in dem der CHE-Boss fordert, dass die Exzellenzinitiative der Bundesregierung nicht mehr einseitig auf Spitze und Elite zielen solle, sondern auf Profil. Dafür sei ein „neuer Wettbewerb“ nötig.

Detlef Müller-Böling würde wohl auf seinem Segelboot sofort eine Kehrtwende machen, wenn er so etwas Sanftes lesen würde. Müller-Böling gründete vor 20 Jahren das CHE. Zwar verwendet Ziegele das wichtigste Zauberwort Müller-Bölings: Wettbewerb. Aber Müller-Böling war stets angriffslustig. Er ist nicht nur Hobbysegler, sondern Kapitän aus Berufung, als Hochschulreformer war er Admiral und Pirat in einem. Alle fürchteten Müller-Böling, wenn er stilecht mit Stock und steifem Bein die Vortragssäle enterte - und dann losdonnerte.

Die „Entfesselung der Hochschule“ war das Credo des ehemaligen Ökonomie-Professors und Hochschulpräsidenten, verfasst nicht in einem Zeitungsbeitrag, sondern als Buch. Müller-Böling forderte Wettbewerb, Studiengebühren, entscheidungsfähige Hochschulleitungen und betriebswirtschaftlich steuerbaren Mittlereinsatz - und machte sich damit bewusst unbeliebt.

Nicht nur Studierende gifteten Müller-Böling dafür an. Andere nannten ihn ehrfürchtig den heimlichen Bildungsminister. Texte linker Hochschulkritiker hatten damals, in den frühen 2000er Jahren, diesen Sound: „Gütersloher Reformvollstrecker und ihr deutscher Sonderweg in den Neoliberalismus.“

Vorbei. Den Chef des CHE, Frank Ziegele, beschimpft kaum noch jemand - nach 20 Jahren ist das CHE zu

einem moderaten Player geworden. Da ist es zwar folgerichtig, grenzt aber schon an eine gewisse Ironie, wenn Ziegele nun den Elite-Wettbewerb mit mehr Breite anreichern will: Schließlich war der Exzellenzwettbewerb der Bundesregierung ein Coup des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder, der, abweichend von der Parteilinie, auch auf die Spitze und den Wettbewerb im Hochschul- und Wissenschaftssystem setzte. Und in seiner unnachahmlichen Attitüde so viele Milliarden in die Hochschulen schaufelte, dass selbst der Bertelsmann-Konzern, der das CHE mitbegründete, ehrfürchtig guckte.

Auch Jörg Dräger, Co-Chef des CHE und zugleich Bertelsmann-Vorstand für Bildung, wäre eigentlich geeignet, von den Studierenden ebenso schief angesehen zu werden wie sein Vorgänger Müller-Böling. Als ehemaliger Strategie-Berater bei Roland Berger und Hochschulreformen forcierender Wissenschaftssenator in Hamburg hatte er als eine seiner ersten Amtshandlungen die sozialkritische Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik aufgelöst und sie in die Hamburger Universität eingegliedert. Diese stand, 1948 von Genossenschaftlern, Gewerkschaftern und Sozialdemokraten initiiert, für Demokratisierung der Universität. Nun beherrscht Sozialkritik seine Themen: Unter Drägers Führung beklagt die Stiftung in ihren Studien die Bildungsarmut und -ungerechtigkeit in Deutschland. Zwar hat bereits vor fast 15 Jahren die erste PISA-Studie den Finger in die Wunde gelegt. Bei aller berechtigten Kritik an der kaum veränderten Selektivität im Bildungssystem - Vordenken geht irgendwie anders.

Hat das CHE, wie alle Organisationen, etwa das Schicksal des Älterwerdens, der Wandel vom einstmaligen revolutionären Jugendlichen zum realistischen Sozialreformer, ereilt? All die Feiern zum 20. Geburtstag des ursprünglichen Thinktanks können nicht darüber hinwegtäuschen, dass zunächst umgesetzte zentrale Ideen von der Politik zwischenzeitlich wieder einkassiert oder abgemildert wurden.

Beispiel Studiengebühren: Sie waren das wichtigste Projekt, das das Centrum für Hochschulentwicklung über viele Jahre vorangetrieben hatte. Aber als die Studi-

CHANGE

Neue Horizonte:

Wie Stiftungen sich in der Bildungspolitik neu positionieren.

»Uns als die heimlichen Bildungsminister zu bezeichnen, wäre eine Überschätzung unserer Möglichkeiten. Wir als Robert Bosch Stiftung verfolgen keine eigene bildungspolitische Agenda«

Ingrid Hamm, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung



engebühren endlich da waren, gab es keinen Plan, wie das teuer bezahlte Studiengeld wirklich sinnvoll eingesetzt werden soll - die Campusmaut wurde als Ersatz staatlicher Aufgaben genutzt, anstatt die Studienbedingungen nachhaltig zu verbessern. Heute sind die Studiengebühren passé. Niemand will sie mehr, niemand will sich politisch die Finger verbrennen.

Beispiel Hochschulautonomie: Die Hochschulräte waren das zweite große Ziel des CHE, sie sollten die Hochschulleitungen stärken, externe Sichtweisen in die Hochschulen hineintragen. Schaut man sich die Risiken und Nebenwirkungen an, ergibt sich ein zwiespältiges Bild. Entweder haben die Bundesländer diese Gremien gar nicht erst eingeführt oder sie haben sie zwischenzeitlich wieder entmachtet, mit der Argumentation, angeblich seien sie zu intransparent, zu sehr mit der Wirtschaft verflochten, nicht interessensfrei. Auch hier war die Stimme des CHE eher leise. Warum hat es die Vorteile der Autonomie und der neuen inneren Verfassung der Hochschulen nicht lauter herausgearbeitet?

Darüber hinaus, wie sieht es aktuell mit der Vordenkerfunktion für die Hochschulen aus? Auf welche neuen

Felder werden die Hochschulen strategisch vorbereitet? Beispiel Langzeitstudierende im Bachelor. Als im Sommer des vergangenen Jahres klar wurde, dass die Studienzeiten im Bachelor explodieren, da winkte der Chef der CHE-Tochter CHE-Consult ab: „Über die Studiendauer in den Bachelor-Studiengängen lässt sich meines Erachtens im Moment noch wenig sagen. Es wurde so viel an dem System nachgebessert, das muss sich erst einmal einspielen.“ Hört man in die Hochschulen hinein, hört sich das ganz anders an. Die Universitäten sind hochnervös, dass eine Spezies zurückkehrt, die ausgestorben schien - der Langzeitstudierende.

Auch Jörg Dräger gibt freimütig zu, dass sein CHE manche Entwicklung verschlafen hat. „Wir haben den Trend ‚Hochschulbildung als Normalfall‘ vor 20 Jahren noch nicht gesehen“, sagte er dem DSW-Journal. „Aber wir haben in den vergangenen Jahren Prognosen für die enorme Expansion der Hochschulen geliefert - und deutlich gesagt, wo Handlungsbedarfe sind.“ Im vergangenen Jahr hat das CHE einen Infobrief zum Thema herausgegeben - ist das nicht reichlich spät für eine Organisation, der ihr Spiritus Rector Reinhard Mohn einst ins Stammbuch schrieb, man müsse konzeptionell stets zwei Schritte der laufenden Entwicklung voraus sein?

Eine Gratwanderung, denn die Bertelsmann Stiftung gilt unter manchen Studierenden immer noch als der Ausbund des Bösen. „Bertelsmann hat großen Einfluss auf die öffentliche Meinung“, schimpft ein Sprecher des freien Zusammenschlusses von studentInnenenschaften (fzs), der seinen Namen nicht nennen will. Wer über die Mittel verfüge, der beeinflusse die Meinungsbildung. Bei Stiftungen sei das zusätzliche Problem, dass nicht klar sei, wer wo Einfluss nehme. Vorstandsmitglieder des fzs üben beißende Kritik auch am Centrum für Hochschulentwicklung: „Bestimmte Formeln des CHE über die Freiheit der Hochschulen sind direkt ins nordrhein-westfälische Wissenschaftsfreiheits-Gesetz übernommen worden.“ Daraus lasse sich eine Art Blaupause der Bertelsmann Stiftung für die gesamte Bildungsrepublik ableiten - Ziel sei es, den Bildungsmarkt zu privatisieren.

Illustrationen: Jan Rieckhoff



»Wir haben den Trend ‚Hochschulbildung als Normalfall‘ vor 20 Jahren noch nicht gesehen«

Jörg Dräger, Geschäftsführer des Centrums für Hochschulentwicklung

»Die klugen alten Männer aus dem Kuratorium bekommst Du nie zu Gesicht, das Geld, das wir gönnerhaft ausgeben, stammt zur Hälfte vom Staat, und an der wirklich großen Ungleichheit ändern wir nichts«

Langjähriger Mitarbeiter einer Stiftung

Nur - hat dieser Vorwurf heute überhaupt noch eine Berechtigung? Arbeiten die Bertelsmann Stiftung und andere wichtige Stiftungen wie die Robert Bosch Stiftung, die Vodafone Stiftung, die Deutsche Telekom Stiftung oder die Gemeinnützige Hertie-Stiftung wirklich an der Privatisierung des deutschen Hochschulsystems? Haben sie so etwas wie eine neoliberale Bildungsrepublik als Ziel ausgerufen? Das lässt sich, wenn man den Blick über die Hochschulen hinaus auf die Bildung insgesamt richtet, nicht belegen.

Das Gegenteil ist der Fall - der ehemals wirtschaftsliberale Dräger hat sich zum glühenden Vorkämpfer für Chancengleichheit und sozialkritische Themen gewandelt. Drägers Bertelsfrauen und -männer kämpfen für Diversity, Familienfreundlichkeit, Inklusion und Ganztagschulen. Sie haben einen Atlas der frühkindlichen Bildung erarbeitet. Diesem mag man manches vorwerfen können, nur eines sicher nicht, dass er neoliberal ist.

Die Kollegen von der Robert Bosch Stiftung indes kümmern sich seit Jahren um den hochanerkannten Schulpreis - dort werden mit Vorliebe reformpädagogisch inspirierte öffentliche Superschulen ausgezeichnet, aber keine Privatschulen, die Tausende Euro kosten. Die Bosch-Leute geben viel Geld für ein sogenanntes Turnaround-Programm der zehn schlechtesten Berliner Schulen aus. Das ist kein Sonderweg in den Neoliberalismus, sondern letzte Ausfahrt für Armutsschulen, in denen - bislang - schlimme Ungleichheit erzeugt wird. Auch die Programme der Vodafone oder Hertie-Stiftung haben einen ähnlichen Anstrich. Dort werden Millionen in MigrantInnenprogramme gepumpt oder es wird Mobbing auf dem Schulhof bekämpft.

Die Stiftungs-Manager von Ingrid Hamm (Bosch) bis Mark Speich (Vodafone) sind kluge und fast etwas zu sanfte Menschen, die mit der ökonomischen Brechstange nichts zu tun haben wollen. „Die Stiftung würde niemals sagen: So ist das, so muss das sein! Punkt!“, sagte Hamm dem DSW-Journal. „Es geht uns darum, im Dialog mit der Verwaltung Modelle aufzubauen.“ Mark Speich kann wenig mit dem Vorwurf anfangen, dass



»Es ist eine naive Vorstellung, dass man mit einzelnen Projekten oder Konferenzen politische Leitlinien in der Bildung verändern könnte«

Mark Speich, Geschäftsführer der Vodafone Stiftung

Stiftungen privilegierten Zugang zur Politik hätten: „Es gibt immer nur asymmetrische Diskurse“, sagt er. Der Anspruch der Stiftung liege darin, mit Ideen Gehör zu finden. Man sehe sich als Ideen- und Impulsgeber, aber das gelinge nicht immer. „Es ist eine naive Vorstellung, dass man mit einzelnen Projekten oder Konferenzen politische Leitlinien in der Bildung verändern könnte.“

Der einzige Haudrauf in der Szene war Klaus Kinkel, der ehemalige FDP-Chef und Außenminister. Als Präsident der Deutschen Telekom Stiftung kämpfte er einen tapferen Kampf, er setzte dabei auch seine politischen Kontakte ziemlich unverblümt ein. Aber wofür stritt Kinkel? Für die Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbots, das will auch der fzs. „Man muss ein hochindustrialisiertes Hightech-Land rational steuern können“, sagte er, „wir dürfen nicht zulassen, dass sich hier eine kleinkarierte ‚Mir-san-mir‘-Haltung durchsetzt.“ Das heißt, die zusätzlichen Milliarden des Bundes, die vielleicht bald in die Hochschulen fließen, sind auch ein Verdienst Kinkels. Dass der einstige Chef des Bundesnachrichtendienstes dabei klandestin und intransparent vorgegangen wäre, kann man ihm nicht vorwerfen. Höchstens, dass er immer wieder laut und deutlich wurde. Klartext-Kinkel ist inzwischen abgetreten, sein Nachfolger an der Spitze der Telekom Stiftung ist seit Anfang 2015 der ehemalige Stuttgarter Bürgermeister

weiter auf Seite 17

»Wir sehen die Stiftungen als wichtige Stimme, aber bildungspolitisch haben die Kultusminister das Heft in der Hand«

Udo Michallik, Generalsekretär der Kultusministerkonferenz



Vorbehalt und Wirklichkeit

Projektförderungen der Stiftungen für gemeinnützige Zwecke

Die Vorbehalte gegen gemeinnützige Stiftungen speisen sich aus dem Vorurteil gegen Bertelsmann – und aus einem Urteil über die Gemeinnützige Hertie-Stiftung. Die finanziellen Machenschaften beim Verkauf des Kaufhaus-Vermögens Ende der 1990er Jahre waren verstörend. Der Erlös von fast 2 Milliarden DM war damals über die gemeinnützige Stiftung an eine private Stiftung so organisiert worden, dass keine Steuern anfielen. Die Staatsanwaltschaft begann zu ermitteln. Auch die Ausschüttungen waren derart kümmerlich, dass sich der Zuschauer fragte: Was bedeutet Gemeinnützigkeit wirklich? Philantropisches En-

gagement? Oder ist das eine andere Art der Steuerhinterziehung? Bei der Hertie-Stiftung stand damals zeitweise eine Steuerrückforderung des Fiskus von 900 Millionen DM im Raum. Die Stiftung löste den Konflikt damals durch eine Vereinbarung mit den Finanzbehörden über eine Nachzahlung – und eine neue Konstruktion der Stiftung. Es lohnt also stets, einen Blick auf Vermögen, Bilanzen, Konstruktionen der gemeinnützigen Stiftungen zu werfen – und auch auf den Quotienten der Ausschüttungen bezogen, auf den Gewinn des beteiligten Unternehmens.

ROBERT BOSCH STIFTUNG

70
Millionen
78 Millionen Dividenden

Spitzenreiter unter den Stiftungen ist bei der Höhe der Projektförderungen interessanterweise die Robert Bosch Stiftung. Die Stiftung förderte im Jahr 2013 für fast 70 Millionen Euro gemeinnützige Zwecke und Projekte. Sie hatte zuvor als Eigentümerin des Unternehmens Bosch eine Dividende von 78 Millionen Euro erhalten – steuerfrei.

BERTELSMANN STIFTUNG

67
Millionen
113 Millionen Dividenden

Die Bertelsmann Stiftung investierte 2013 67 Millionen Euro in Projekte, ihre Dividende aus dem Unternehmen lag bei 113 Millionen Euro. Geschäftsführer Jörg Dräger begründete das so, dass die Stiftung mehr in Rücklagen gebe, um kontinuierlich fördern zu können. Hintergrund war ein Einbruch in einem Jahr mit schlechter Dividende. Im Jahr 2013 gingen daher 39 Millionen in die Rücklage.

GEMEINNÜTZIGE HERTIE-STIFTUNG

23,6
Millionen
34 Millionen Dividenden

Die Hertie-Stiftung förderte 2013 Projekte in Höhe von 23,6 Millionen Euro. Aus ihren Vermögensanlagen hatte die Stiftung zuvor knapp 34 Millionen Euro erwirtschaftet. Diese resultieren aus einem Vermögen von rund 940 Millionen Euro.

DEUTSCHE TELEKOM STIFTUNG

8,9
Millionen
75 Millionen Zuwendungen

Die Deutsche Telekom Stiftung gab für Projekte und Personal 2013 8,9 Millionen Euro aus. Sie erhielt Zuwendungen von 75 Millionen Euro von der Telekom. Zudem hat die Stiftung ein Vermögen von rund 160 Millionen Euro.

VODAFONE STIFTUNG

4,7
Millionen

Die Vodafone Stiftung konnte 2013 4,7 Millionen Euro einsetzen. Sie erhielt Zuwendungen von der Vodafone GmbH und von der internationalen Vodafone Group.

Interessant ist es, wenn man diese Zahlen ins Verhältnis zum Gewinn vor Steuern setzt, das geht selbstverständlich nur dort, wo die Stiftung mit einem Unternehmen in Verbindung steht. Danach ergibt sich ein anderes Ranking: Die Bertelsmann Stiftung gibt 2,9 Prozent des sogenannten EBDITA-Gewinns vor Steuern des Bertelsmann-Konzerns für gemeinnützige Projekte aus. Bei der Robert Bosch Stiftung sind es 2,48 Prozent des Gewinns vor Steuern des Unternehmens Bosch. Die Deutsche Telekom Stiftung kommt hier auf einen Wert von 0,51 Prozent, die Vodafone Stiftung auf 0,14 Prozent.

Warum sind diese Werte so wichtig? Weil sie das gemeinnützige Engagement quantifizieren. Das ist eine in Deutschland unübliche Methode, der Verband der Stiftungen kennt diese Einordnung nicht. In den USA ist sie freilich ein wichtiger Maßstab für philanthropisches Engagement. Dort gibt es seit Mitte der 1980er Jahre sogar einen Maßstab, er lautet „Give Five“, sprich: Fünf Prozent des Gewinns vor Steuern sollte in gemeinnützige Maßnahmen gehen. Die oben genannten Quotienten lassen sich damit nicht ohne Weiteres vergleichen, da die Unternehmen ihr gesellschaftliches Engagement nicht allein über Stiftungen organisieren.



»Stiftungen können auch nur Anstöße geben, Prototypen entwickeln und versuchen, sie auf die Straße zu bringen«

Klaus Kinkel, ehemaliger Präsident der Deutschen Telekom Stiftung

Wolfgang Schuster, dessen wichtigster Arbeitsschwerpunkt stets in der Bildung lag.

Einen wichtigen Einwand gegen die Arbeit der Stiftungen wirft kaum einer der Kritiker auf: Es sind die Eigentumsverhältnisse – und die Steuersparmodelle, die sich daraus ergeben. Die Eigentümer der Weltunternehmen Bosch und Bertelsmann sind die beiden Stiftungen. Sie erhalten Dividenden in Höhe von 78 Millionen und von 113 Millionen Euro von den Unternehmen – und zwar steuerfrei. Das allerdings verändert die Sicht auf das gemeinnützige gesellschaftliche Engagement. Denn das Geld, das die beiden Stiftungen in ihre Projekte stecken (siehe Übersicht), ist damit im Grunde zur Hälfte Staatsgeld. Selbst mancher Stiftungsvorsitzende kokettiert damit, nicht zu wissen, welche Steuervorteile denn anfielen. Dieses seltsame Gebaren stößt auch in den Stiftungen auf – insbesondere beim Nachwuchs.

Wenn der Job im Non-Profit-Sektor der Stiftungen ist begehrt. Die erstklassigen Absolventen stehen Schlange, um bei Bosch, Bertelsmann oder den Hunderten anderen potenziellen gemeinnützigen Arbeitgebern – insgesamt gibt es in Deutschland knapp 20000 Stiftungen – Dienst zu tun. Dabei geht es nicht allein ums Geldverdienen. Die Leute suchen nach Sinn. Sie wollen am liebsten bei einer renommierten Stiftung mitmachen – und dabei die Gesellschaft verändern, ungerechte Schulverhältnisse überwinden oder kurz: die Welt verbessern. Und die Ansprüche sind hoch. „Ich habe mich gefragt, was legitimiert unsere Arbeit eigentlich?“ sagt einer, der über Jahre bei einer renommierten Stiftung arbeitete. „Die klugen alten Männer aus dem Kuratorium bekommst Du nie zu Gesicht, das Geld, das wir gönnerhaft ausgeben, stammt zur Hälfte vom Staat, und an der wirklich großen Ungleichheit ändern wir nichts.“

Aber es geht auch um die Effektivität. Unter den Stiftungsleuten gibt es mehr ungeduldige Schumpeter-Typen als in den Verwaltungen. „Manchmal wünschte ich mir mehr Wumms in den Projekten“, sagt der Stiftungsmann. „Wenn wir die Gesellschaft so langsam und so inkonsequent verändern, dann dauert das ewig, bis etwa die Migrantenkinder und Benachteiligten eine Chance bekommen.“ Ein anderer sieht die Entwicklung noch kritischer. „Es ist eine regelrechte Stiftungsschickeria entstanden, die glücklich damit ist, in Berlin zu netzwerken und kluge Vorträge über Bildungsarmut anzuhören.“

Aber solche drängenden jungen Systemverbesserer sind längst nicht tonangebend bei den Stiftungen. Dort hat man sich auf eine Art friedliche Koexistenz mit der Kultusministerkonferenz (KMK) eingelassen. Die Minister lassen die Stiftungen interessante Prototypen besserer Beispiele testen – ob sie in Serie gehen, bleibt offen. Dafür darf die andere Seite gerne ein PR-trächtiges Event mittragen – wie etwa den großen internationalen Lehrer-Kongress im Jahr 2016. Berlin wird ihn ausrichten, die Lehrer-Gewerkschaften und die Kultusminister machen die Inhalte. Die Stiftungen finanzieren einen Teil des Kongresses, wenn sich Deutschlands föderalistisch zersplitterte Lehrerbildung der Welt als vorbildhaft präsentiert. „Wir pflegen einen guten Austausch“, sagt dazu KMK-Generalsekretär Udo Michallik. Insgeheim ist er froh, dass die Stiftungen nun auf Dialog setzen, anstatt – wie einst das CHE – die Kultusminister zu treiben.

Von Entfesselung redet keiner mehr. Von Revolution schon gar nicht.



DER AUTOR
Christian Füller ist Journalist, Buchautor und Pisaversteher

„Wir leben hier im Osten, nicht in Sibirien“

EVA-MARIA STANGE Die sächsische Wissenschaftsministerin setzt sich für eine bessere Finanzierung der Studentenwerke ein - und wirbt für die Hochschulen im Osten.

FOTOS: Kay Herschelmann

DSW JOURNAL: Frau Stange, im vergangenen Jahr machten die Hochschulen in Sachsen vor allem durch Proteste gegen Kürzungen auf sich aufmerksam. Insgesamt 1000 Stellen sollten an sächsischen Hochschulen bis 2020 wegfallen. Die neue Regierung will die Kürzungen teilweise zurücknehmen. Voraussetzung ist aber, dass die Hochschulen sich mit Ihnen auf einen Entwicklungsplan bis 2025 einigen. Wie sieht die sächsische Hochschullandschaft im Jahr 2025 Ihrer Vorstellung nach aus?

Stange: Es ist ein Riesenerfolg im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gewesen, den größten Teil der Stellenkürzungen - nämlich 754 - ab 2017 rückgängig zu machen. Von daher würde ich den Auftrag, der damit verbunden ist, positiv betrachten. Ich würde aber das ganze Verfahren ad absurdum führen, wenn ich Ihnen heute sage, was wir Ende 2015 mit den Hochschulen im Entwicklungsplan bis 2025 besprochen haben werden.

Ohne Streichungen und Konzentrationen wird es kaum gehen. Was kann denn wegfallen?

Ich glaube nicht, dass wir noch über große Konzentrationsprozesse reden müssen. Die sind im Wesentlichen

gelaufen. Natürlich wird es um Profilierung gehen, und Mehrfachangebote müssen geprüft werden. Aber das wird der geringere Teil sein. Einen der zentralen Punkte können wir gar nicht alleine im Land beantworten: Wie gehen wir mit dem Auslaufen der Exzellenzinitiative um? Wir haben Hochschulen wie die Technische Universität (TU) Dresden und die TU Chemnitz, die im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert werden. Die Erfolge werden wir nachhaltig sichern müssen.

Wie wollen Sie eine Zweiklassengesellschaft verhindern? Auf der einen Seite gibt es die TU Dresden, auf der anderen Seite kleinere Einrichtungen wie die Hochschule Zittau.

Die Hochschulen sind alle unterschiedlich profiliert. Das trifft auf die Fachhochschulen ebenso zu wie auf die Universitäten. Nehmen wir Zittau/Görlitz. Die Fachhochschule hat eine ganz wichtige Aufgabe zu erfüllen: als Akademikerschmiede für den Fachkräftenachwuchs genauso wie für die regionale Wirtschaftsentwicklung. Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass unsere Fachhochschulen weiter Forschung betreiben können. Insofern geht es darum, die Hochschulen entsprechend ihrer Profile und entsprechend ihrer Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln.





Die demografische Entwicklung bleibt die größte Herausforderung, auch für die Wissenschaftspolitik. Was müssen kleine Hochschulen in bevölkerungsschwachen Regionen machen, um in Zukunft für Studierende attraktiv zu sein?

Wir haben ein spezifisch ostdeutsches Problem, das wir aber ganz gut gelöst haben. Wir haben 2008 - beginnend mit den damaligen doppelten Abiturientenzahlen im Westen und den rückgängigen Abiturientenzahlen im Osten - die Werbekampagne „Pack dein Studium. Am besten in Sachsen.“ auf den Weg gebracht. Das hat gefruchtet. Wir haben unsere rückgängigen Abiturientenzahlen durch den Zuzug von Studierenden aus den westlichen Bundesländern und aus dem Ausland mehr als kompensiert. Mehr als 20 Prozent der Studierenden kommen heute aus den westlichen Bundesländern, der Anteil hat sich seit 2008 mehr als verdoppelt.

Was macht Sie so sicher, dass sich der Trend nicht wieder umkehrt?

Wer einmal an einer ostdeutschen Hochschule - sei es in Leipzig, Zittau oder Freiberg - studiert hat, wird mitnehmen, dass wir im Osten nicht in Sibirien leben, dass die Häuser nicht mehr grau sind und dass es wirklich gute Hochschulabschlüsse gibt. Daher glaube ich nicht, dass der Trend abbricht.

Brandenburg hat in Cottbus die Universität mit der Fachhochschule zusammengeführt. Ist eine solche Fusion auch in Sachsen denkbar?

Wir haben im Koalitionsvertrag stehen, dass wir alle 14 Hochschulstandorte erhalten. Insofern ist da an keinerlei Fusionen gedacht. Das Modell in Cottbus halte ich prinzipiell aber für sehr interessant. In der

ZUR PERSON

Eva-Maria Stange (SPD) ist seit November 2014 Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen - und zwar zum zweiten Mal. Schon von 2006 bis 2009 hatte Stange das Amt inne, danach mussten die Sozialdemokraten aber im Landtag in die Opposition gehen, weil die CDU ihren Koalitionspartner gewechselt hatte. Vor ihrer Zeit in der Dresdner Politik war sie zwischen 1997 und 2005 Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Stange wurde 1957 in Mainz geboren, ihre Familie zog 1958 in die DDR. Sie arbeitete zunächst als Lehrerin für Mathematik und Physik, seit Mitte der 1980er Jahre war sie in der Lehrerbildung der damaligen Pädagogischen Hochschule Dresden tätig. Dass Stange damals SED-Mitglied war, hat später immer wieder Kritik ausgelöst. Seit 1998 gehört sie der SPD an. Eva-Maria Stange ist verheiratet und hat drei Töchter.

Regel funktionieren solche Modelle allerdings nur dann, wenn man aus einer Fachhochschule und einer Universität eine neue Universität macht. Das kostet richtig viel Geld.

Die sächsische Regierung will das Programm „Gute Lehre - starke Mitte“ auflegen. Wie sieht gute Lehre für Sie aus?

Gute Lehre bedeutet erst einmal gute Hochschuldidaktik. Das Skript des Hochschullehrers kann ich auch zu Hause lesen. Von daher muss gute Lehre methodisch so ansprechend sein, dass die Studierenden Lust darauf haben, zur Lehrveranstaltung zu kommen. Das trifft natürlich noch viel mehr auf Seminare oder Projektarbeiten zu. Und was man nicht vergessen sollte: Wir haben es bei den Studierenden mit Erwachsenen zu tun. Selbstständigkeit bedeutet nicht nur, dass Hochschullehrer einen Auftrag erteilen und den das nächste Mal mit einem Vortrag überprüfen. Für gute Projektarbeit etwa braucht es Methodenkenntnisse, die in den Hochschulen noch zu oft fehlen.

»Es gibt immer noch einen Investitionsbedarf bei den Wohnheimen und den Mensen«

Was sollen Schwerpunkte des Programms sein?

2009 haben wir in Sachsen ein hochschuldidaktisches Zentrum aufgebaut. Ich bin von Beruf Lehrerin und halte es für abenteuerlich, dass man meint, ein guter Wissenschaftler macht gleichzeitig gute Lehre. Dass das in der Praxis nicht funktioniert, wissen wir ja. Deswegen werden wir als erstes dieses hochschuldidaktische Zentrum mit zusätzlichen Mitteln stärken. Als zweites müssen wir die leider verbreitete Unsicherheit der ausufernden befristeten Beschäftigungsverhältnisse eindämmen. Wenn an den Hochschulen jedes halbe Jahr jemand neu in die Lehre einsteigt, geht auch Lehrkompetenz verloren. Wir werden mit den Hochschulen zudem Standards für gute Lehre verabreden und durch ein Anreizsystem dafür sorgen, dass diese umgesetzt werden.

Ein massives Problem des deutschen Bildungssystems ist die mangelnde Durchlässigkeit. Wie wollen Sie die in Sachsen vergrößern?

Die ist auf mehreren Stufen zu sehen. Zur Schule will ich jetzt nichts sagen, nur so viel: Wenn man einigen Kindern schon in der vierten Klasse den Weg zur Universität abschneidet, hat man natürlich ein Problem.

Aber das ist eine andere Baustelle. Ein entscheidendes Problem, das wir lösen müssen: Wie gelingt es, Abiturienten zum Studium zu animieren, die sich das bisher aus finanziellen Gründen nicht leisten können? 30 Prozent unserer Abiturienten studieren ja nicht. Deswegen werde ich auch immer das Bafög verteidigen. Das muss weiterentwickelt werden.

Die Sätze sollen ab 2016 erhöht werden. Was muss zusätzlich passieren?

Förderlücken müssen geschlossen werden, zum Beispiel zwischen Bachelor und Master, aber auch die Förderung des Masters über das 30. Lebensjahr hinaus ist zu gewährleisten.

Was ist mit dem Thema Studierende ohne Abitur?

Natürlich müssen diejenigen, die einen guten Facharbeiterabschluss gemacht haben, ohne Hürdenlauf an den Hochschulen aufgenommen werden können. Bei der Gleichwertigkeit von beruflichem Abschluss und Abitur hat sich auch schon einiges getan, im sächsischen Hochschulgesetz wie bundesweit.

Aber oft ist zu hören, dass die Praxis immer noch anders aussieht. Viele Studierende ohne Abitur stehen an den Universitäten sehr wohl vor Hürden.

Es ist nicht einfach, das habe ich auch nicht gesagt. Dazu bedarf es auch eines Mentalitätswandels an den Hochschulen. Oft hört man die Sorge: Ein Facharbeiter, der studieren möchte, ist an der Hochschule schon so gut wie gescheitert. Das halte ich für ein absolutes Gerücht. Das sind doch meistens Menschen, die sich den Sprung vom Beruf ins Studium sehr gut überlegt haben. Sie sind manchmal besser auf ein Studium vorbereitet als ein Abiturient.



»Es sollten beim Hochschulpakt in der nächsten Phase zehn Prozent der Mittel eingesetzt werden, um die Studienabbrecherquote zu senken«

Wie kann man den Sprung an die Universität erleichtern?

Wir werden noch mehr Möglichkeiten für Vorkurse und unterstützende Kurse während des Studiums schaffen müssen. Die brauchen aber nicht nur Facharbeiter, sondern auch die Studierenden, die mit Abitur kommen und in den ersten zwei Semestern an Mathematik scheitern. In dem Zusammenhang ist es wichtig, dass beim Hochschulpakt in der nächsten Phase zehn Prozent der Mittel eingesetzt werden sollen, um die Studienabbrecherquote zu senken.

Auch für das studentische Leben sollen „Impulse“ gesetzt werden, heißt es im Koalitionsvertrag - unter anderem durch Investitionen in die Infrastruktur. Was haben Sie konkret vor?

Sachsen ist inzwischen ganz gut ausgestattet mit modernen Wohnheimen. Es wurde nach der Wende viel saniert. Dennoch gibt es immer noch einen Investitionsbedarf, nicht nur bei den Wohnheimen, sondern auch bei den Mensen. Dafür wird Geld eingestellt. Es wird aber noch einmal ein Kraftakt sein, das im Haushalt umzusetzen.

Die sächsischen Studentenwerke sollen mehr Geld bekommen. Können Sie den Zuwachs bei den Zuschüssen schon beziffern?

Die verdoppeln sich fast, von derzeit 5,9 Millionen auf zehn Millionen Euro. Das ist ein deutliches Zeichen der Anerkennung der Arbeit der Studentenwerke. Sie haben ihre Angebote in den vergangenen Jahren stark ausgebaut, man denke an die psychologische Betreuung von Studierenden ohne und mit Kindern. Es war an der Zeit, dass wir dem erhöhten Bedarf nachkommen.

Sie kandidieren für das Amt der Dresdner Oberbürgermeisterin. Die Wahlen sind im Juni 2015. Inwieweit können Sie, gerade in der Zeit des Wahlkampfes, noch mit voller Kraft als Wissenschaftsministerin tätig sein?

Die Frage erübrigt sich. Ich bin bis zum letzten Tag, an dem ich im Amt bin, Wissenschafts- und Kunstministerin. Von daher habe ich meine Aufgaben zu erfüllen, und das werde ich tun.

Die Fragen stellte Tilmann Warnecke.



„Die Chemie muss stimmen“

MARBURG Bundesweit leben die meisten Studierenden alleine oder mit Partner in einer eigenen Wohnung. In Marburg ist das anders: Hier ist die WG die beliebteste Wohnform.

TEXT: Gesa Coordes FOTOS: Rolf K. Wegst

Mit der WG haben sich die fünf Frauen die häufigste Wohnform von Studierenden in Marburg ausgesucht. Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele Wohngemeinschaften wie hier. In der Universitätsstadt leben knapp 50 Prozent der Studierenden in einer WG. Obwohl die Wohngemeinschaften auch in anderen Universitätsstädten immer beliebter werden, liegt ihr Anteil nach der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks bundesweit bei „nur“ 29 Prozent. „Damit sind wir Deutschlands WG-Hauptstadt“, sagt der Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg, Uwe Grebe.

Die Marburger Vorliebe für Wohngemeinschaften geht nach seiner Überzeugung ursprünglich auf die Studentenbewegung zurück. Damals zogen linke Studierende aus ganz Deutschland ins rote Marburg - vorzugsweise in eine WG. Schließlich gibt es vor allem in den Altbauten viele größere Wohnungen, die sich oft leichter an die weniger anspruchsvollen Studierenden vermieten lassen. Zudem können mehrere WG-Mitglieder oft mehr zahlen als eine Familie. Freilich leben viele Studierende auch aus finanziellen Gründen in einer Kommune. Eine eigene Wohnung können sich die meisten nicht leisten. „Das ist eine besonders günstige Wohnform“, so Grebe.

Das Studentenwerk Marburg hat Anfang der 1990er Jahre die ersten Wohngemeinschaften eingerichtet. Andernorts begannen die Studentenwerke schon in den 1970er Jahren mit dem Bau von Wohnheimen mit WGs. Heute wird bundesweit fast die Hälfte der 185 000 Wohnheimplätze der Studentenwerke in Wohngruppen angeboten, darunter sind jedoch auch Familienwohnungen. Die Unterkünfte sind sehr gefragt, obgleich die Wohngemeinschaften des Studentenwerks einen entscheidenden Nachteil haben: Die Kommunarden können sich ihre Mitbewohner in der Regel nicht selbst aussuchen.

Literaturstudentin Sabina Neuling aus der WG im Adolf-Reichwein-Haus sieht darin kein Problem. Im Gegenteil. Die 22-Jährige hat selbst ein paar „WG-Castings“ hinter sich. Angenehm seien die Gespräche oft nicht, so Neuling: „Vielleicht klappt es bei uns so gut, gerade weil wir so bunt zusammengewürfelt wurden“, sagt sie. „Wenn man vorher lange miteinander befreundet ist, hat man oft einen großen Druck dahinter.“ Manchmal macht das Studentenwerk aber auch Ausnahmen, wie bei Margarita Kotseva: Sie wechselte von einem Wohnheim-Einzelzimmer in die Frauen-WG, die sie gern als Mitbewohnerin haben wollte.

In der 5er-WG sind auf diese Weise außergewöhnliche Studentinnen zusammengelassen: Die aus Südkorea stammende Amerikanistikstudentin Xiaohua

„Männerfreie Zone“ verspricht die WG-Tür. Wer das gelbe Schild aufgehängt hat, weiß Margarita Kotseva nicht mehr so genau. Es wohnen jedenfalls nur Frauen in der 5er-WG im zweiten Stock des Adolf-Reichwein-Hauses im Marburger Studentendorf. Mit strahlendem Lächeln stellt die Soziologiestudentin ihre Mitbewohnerinnen vor: zwei Deutsche, eine Chinesin und eine Pakistanerin. Sie selbst kommt aus einer bulgarischen Kleinstadt. Das Studentenwerk Marburg hat die jungen Frauen aus allen Ecken der Welt zusammengewürfelt. Jetzt können sie sich kaum noch vorstellen, allein zu wohnen. „Es ist toll, dass immer jemand zum Reden da ist“, sagt Germanistikstudentin Laureen Mieth. „Sie sind für mich wie die Schwestern, die ich nie hatte“, sagt Margarita Kotseva. Und sie wohnen außerordentlich günstig: Jede Bewohnerin zahlt 181 Euro warm.



EINE MARBURGER BESONDERHEIT

ist das europaweit einzigartige Konrad-Biesalski-Haus, in dem ein Drittel der Zimmer von Studierenden mit Behinderung und zwei Drittel von Studierenden ohne Behinderung bewohnt werden. Pflegerische Betreuung und andere Hilfestellungen gibt es von einem eingespielten Pflegeteam rund um die Uhr. Ein Busfahrtdienst sorgt für Fahrten zur Universität, zur Mensa, zum Einkaufen und zu kulturellen Veranstaltungen.

KOMPAKT STUDENTENWOHNHEIME IN MARBURG

Das Studentenwerk Marburg unterhält insgesamt 2171 Wohnplätze in 25 Häusern, darunter größere Wohnheime und kleinere Altbauten aus dem 17. Jahrhundert. Es werden 212 Plätze in 83 Wohngemeinschaften angeboten. Der Mietpreis schwankt zwischen 156 und 306 Euro warm, Internetzugang meist inbegriffen. Die Wohnheime sind, wie die Universität mit ihren Instituten, über die gesamte Stadt verteilt. Übrigens: 60,2 Prozent der Marburger Studierenden sind mit ihrer derzeitigen Wohnsituation zufrieden, bei den Wohnheim-Bewohnern sind es sogar 80 Prozent.



»Obwohl wir im vergangenen Jahr drei neue Studentenwohnheime eröffnet haben, fehlen immer noch weitere preisgünstige, zentrale Wohnungen«

Uwe Grebe,
Geschäftsführer
des Studentenwerks
Marburg

Zhuang trägt auch im Alltag fast immer Kleider aus ihrer Heimat, ebenso wie die Molekularbiologiestudentin Nazesh Bhatti mit ihren farbenprächtigen, pakistanischen Gewändern. „Daneben fühlt man sich immer underdressed“, sagt Sabina Neuling.

Xiaohua Zhuang ist begeistert von ihrem Zwölf-Quadratmeter-Zimmer in der WG: „Das habe ich nicht erwartet“, sagt die Amerikanistikstudentin. In ihrer Heimat wohnen die Studierenden in Mehrbettzimmern ohne Küche. Von ihrem Zimmer in Marburg gibt es sogar einen Zugang zum Balkon, auf dem sich die Studentinnen im Sommer mit Schlossblick sonnen können. Als Xiaohua Zhuang vor eineinhalb Jahren nach Marburg kam, konnte sie kein Wort Deutsch. Inzwischen spricht sie die Sprache fließend. „Das habe ich von den Mädels gelernt“, sagt sie über ihre Mitbewohnerinnen. Und die WG ist natürlich auch Familienersatz. Eine vorgezogene Weihnachtsfeier gehört selbstverständlich dazu. „Meine Familie ist weit weg“, erklärt die 25-Jährige. Das gilt auch für viele deutsche Studierende. Marburg ist keine Pendleruniversität. Die meisten Hochschüler ziehen in die Stadt – ein weiterer Grund für die Beliebtheit der Wohngemeinschaften.

Treffpunkt der Frauen im Adolf-Reichwein-Haus ist die geräumige Küche, in der sich WG-Bär Balu auf dem Sofa unter den Fotos der Bewohnerinnen lümmelt. Fast jede Woche gibt es Gemüse-Curry aus Nazesh Bhattis pakistanischer Heimat. Beim Kochen sind die Fünf ein eingespieltes Team. Jede schnippelt, so dass Tomaten, Pilze, Paprika, Zwiebeln und Gurken nach wenigen

Minuten im Topf landen. Dazu gibt es Brot aus Haferflocken, Mehl, Wasser und Öl. „Pakistanisch essen wir inzwischen am liebsten“, sagt Laureen Mieth. Aber auch Gerichte mit Schafskäse, den sich Margarita Kotseva eigens aus Bulgarien schicken lässt, gibt es häufig. Und Xiaohua Zhuang steuert gern einen chinesischen Nachtisch bei, mit Schokolade gefüllte warme Teilchen, danach den traditionellen Chai-Tee.

Eine Haushaltskasse brauchen sie dafür nicht. Auch ein Putzplan ist nicht nötig. Obgleich es keine Spülmaschine gibt, türmen sich keine Geschirrberge in der Küche. Bei ihnen ist es so ordentlich, dass die Putzfrauen des Studentenwerks, die einmal pro Woche in die Küche kommen, kaum etwas zu tun haben. Wenn jemand einmal etwas mehr für die Universität arbeiten muss, übernehmen die Mitbewohnerinnen das Spülen und Kochen. Wenn Nazesh Bhatti betet, halten die anderen selbstverständlich Ruhe. Schließlich mögen sie sich, gehen gemeinsam shoppen, quatschen am Küchentisch und treffen sich zu „Mädels-Abenden“. „Wenn die Chemie zwischen den Bewohnern stimmt, schafft das eine tolle Atmosphäre“, sagt Studentenwerkschef Uwe Grebe. Wenn es Ärger um dreckiges Geschirr oder schmutzige Bäder gäbe, könnte es auch schwierig werden.

Entscheidend für die WG-Bewohnerinnen ist allerdings auch die niedrige Miete: 181 Euro zahlen sie für ihre mit Waschbecken ausgestatteten Zwölf-Quadratmeter-Zimmer mit eingerichteter Gemeinschaftsküche und gemeinsamem Balkon. Als sie auf dem freien Markt suchten, sollten die WG-Zimmer zwischen 300 und 500 Euro kosten – wenn überhaupt Zimmer frei

waren. Höhere Kosten können sich die Frauen aber kaum erlauben. Fast alle jobben nebenher: Margarita hat sogar vier Jobs – an einer Tankstelle, beim Forstamt, in einem Imbiss und auf dem Weihnachtsmarkt. Aber auch die anderen arbeiten als Babysitterin, Übersetzerin und Servicekraft.

Im engen Marburger Zentrum gibt es weder erschwingliche Wohnungen noch genug Wohnheimplätze. In jedem Herbst müssen in den Kellern und auf den Dachterrassen des Marburger Studentendorfs Notunterkünfte eingerichtet werden. Noch verschärft hat sich die Situation durch den Brand im größten Marburger Studentenwohnheim im Juni 2014, als 280 Menschen von der Feuerwehr gerettet werden mussten, 23 wurden verletzt. Betroffen waren vor allem Familien, die bis heute nicht zurückziehen konnten. Ob das Hochhaus saniert werden kann, ist noch unklar. „Das hat unsere Planungen über den Haufen geworfen“, sagt Studentenwerkschef Grebe. Deshalb werden die WG-Wohnungen im Marburger Studentendorf jetzt auch an die Familien vergeben, für die noch keine dauerhafte Lösung gefunden wurde.

Dabei hatte sich das Studentenwerk Marburg gefreut, 2014 drei neue Studentenwohnheime eröffnen zu können: Ein mit Unterstützung des Denkmalschutzamtes und der Stadt sanierter Altbau in der Oberstadt, in dem nun 34 Studierende wohnen, das Max Kade Wohnheim im Studentendorf mit 49 Plätzen sowie eine angemietete Etage eines Seniorenzentrums mit 16 Einzelappartements. Und es sind

weitere Häuser in Planung: Am ehemaligen Arbeitsgericht im Zentrum Marburgs soll noch in diesem Jahr mit dem in Höhe von 3,8 Millionen Euro veranschlagten Bau eines neuen Studentenwohnheims mit 60 Plätzen und kleinem Bistro begonnen werden. Dabei engagiert sich – erstmals nach vielen Jahren – sogar das Land Hessen mit 800 000 Euro aus dem neuen Programm „Studentischer Wohnungsbau“.

Auch neben dem Studentendorf ist ein weiteres Wohnheim geplant. Ob hier mehr Familienwohnungen, Einzelappartements oder Wohngemeinschaften gebaut werden, wird noch diskutiert. Klar ist jedenfalls, so Grebe: „Im Moment ist es wirklich eng. Preisgünstige, zentrale Wohnungen fehlen insgesamt.“

Das gilt auch bundesweit: Die Zahl der Studierenden ist auf 2,7 Millionen gestiegen. Der neue Rekord führt zu einer zunehmenden Wohnungsnot. Deshalb fordert das Deutsche Studentenwerk preisgünstige, staatlich geförderte Wohnheimplätze. Neubauten seien jedoch nur mit ausreichenden staatlichen Zuschüssen zu realisieren, so Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks.



DIE AUTORIN
Gesa Coordes ist freie Journalistin in Marburg
» www.gesa-coordes.de

Foto (links): Studentenwerk Marburg

Foto: privat (Autorin)

16. APRIL 2015

VERNISSAGE

mit öffentlicher
Preisverleihung
in der Kunst- und
Ausstellungshalle
der Bundesrepub-
lik Deutschland,
19 Uhr.

Kunst lebt

LEISTUNGSSCHAU Eine einzigartige Ausstellung in Bonn zeigt das Beste, Frischeste, Interessanteste aus allen deutschen Kunsthochschulen.

Die Telefonhörer, die von der Decke hängen, sind Teil einer Toninstallation von Saori Kaneko, 39, aus Tokio und Richard Welz, 26, aus Wittenberg. Die Installation heißt „made by us - Imagine“; es geht um eine künstlerische Auseinandersetzung mit Atomkraft, es geht um Tschernobyl und Fukushima. Zu hören ab 17. April 2015 in der Bundeskunsthalle in Bonn. Tokio - Wittenberg - Bonn ... Wie kommt es zu dieser Kunstkooperation, und warum kennen Sie, vermutlich, die beiden nicht? Noch nicht?

Kaneko und Welz studieren beide Freie Kunst an der Bauhaus-Universität Weimar. Gemeinsam wurden sie von dieser Universität ins Rennen geschickt beim Bundeswettbewerb „Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus“. Den lobt die Bundesregierung alle zwei Jahre an Deutschlands Kunsthochschulen und Akademien aus. Dieses Mal sind es 56 Kunst-Studierende insgesamt, Kaneko/Welz eingeschlossen; sie zeigen in

der - jetzt wird's offiziell - Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn bis zum 17. Mai 2015 mehr als 200 Werke der Freien Bildenden Kunst. Klingt amtlich, ist es aber nicht.

Die Ausstellung zeigt das Beste, Frischstes, Interessanteste, Vielversprechendste, was der künstlerische Nachwuchs in Deutschland zu bieten hat. Junge Kunst auf höchstem Niveau. *sg*

» www.kunst-wettbewerb.de

Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

22. Bundeswettbewerb
„Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus“ 2014/2015
17. April bis 17. Mai 2015

Kunst- und Ausstellungshalle
der Bundesrepublik Deutschland,
Museumsmeile Bonn
Friedrich-Ebert-Allee 4
53113 Bonn

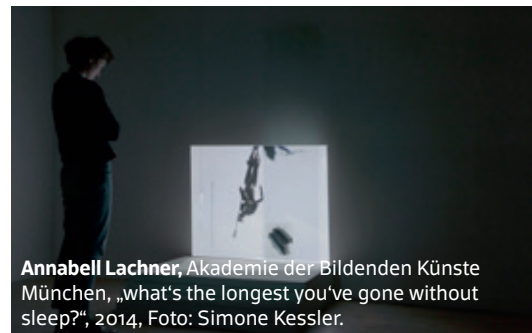
» www.bundeskunsthalle.de



Magdalena Cichon, Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, „Indígo“, 2014, Foto: Joachim Blobel.



Akosua-Viktoria Adu-Sanyah, Hochschule der Bildenden Künste Saar, „44 minutes with Falcon - Airport Feeling Collapse“, 2014.



Annabell Lachner, Akademie der Bildenden Künste München, „what's the longest you've gone without sleep?“, 2014, Foto: Simone Kessler.



Christian Retschlag, Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, „Herd“, 2012.



»Es geht darum,
Entdeckungen zu
machen, sich von
den Arbeiten mental
wie emotional
berühren zu lassen«

Ana Dimke, Sprecherin der Rektorenkonferenz
der Kunsthochschulen in Deutschland

»Das ist wie ein
großer Akade-
mierundgang, an
dem alle Kunst-
hochschulen
Deutschlands
beteiligt sind«

Rein Wolfs, Intendant der
Kunst- und Ausstellungshalle der
Bundesrepublik Deutschland

Saori Kaneko und Richard Welz, Bauhaus-Universität
Weimar, „made by us - Imagine“, 2015.

Zweite Chance

STUDIENAUSSTEIGER Studentenwerke vernetzen sich mit der Wirtschaft und den Kammern, erproben neue Beratungsformen und sensibilisieren ihr Beratungspersonal, um Studienabbrechern besser helfen zu können.

TEXT: Klaus Heimann

»Wir brauchen einen engeren Kontakt zwischen Studienabbrechern und den Kammern und Unternehmen, damit diese schnell zueinander finden«

Johanna Wanka
Bundesministerin
für Bildung
und For-
schung



Das ist die Geschichte von Justus. Er hat als einziger in der Familie Abitur gemacht. Wer Abitur macht, der geht auch studieren, so ist die Regel. Darum schreibt Justus sich für etwas Handwerkliches ein, aber auf Hochschulniveau, Maschinenbau. Er war immer schon ein Macher. Dann sitzt er fleißig jeden Tag im Hörsaal, hört sich Maschinenbauteorie an. Aber: Immer öfters macht sein Kopf dicht. Er kann das Gesagte nicht anwenden. Er denkt an eine Lehre, wo er praktisch anpacken kann. Was macht man jetzt? Erst einmal weiter studieren oder schmeißt man gleich alles hin?

Von Justus, dem verzweifelten Maschinenbau-Studenten, erzählte Jule Weber, die sich Deutsche Meisterin der Poetry Slam Szene 2012 nennen darf. Die Siegerin im Dichterwettbewerb war Gastrednerin der ersten Informationsveranstaltung für Ratsuchende, Studienzweifer und Neustarter an Hochschule und Technischer Universität in Darmstadt. Seit Sommer 2014 fragt das „Netzwerk Berufliche Integration von möglichen Studienabbrechern“ regelmäßig bei den 37.000 Studierenden in der Wissenschaftsstadt nach: „Im Studium verlaufen?“

Viele Studentenwerke nehmen inzwischen den Studienabbruch aktiver in ihr Beratungsportfolio auf. Die Verän-

derung der Bildungsströme, mehr Studienanfänger einerseits, verzweigte Suche nach Auszubildenden andererseits, und die vielen Aussteiger erfordern Konzepte. Darauf reagieren die Studentenwerke und stellen sich anders auf, erproben andere Beratungsformen, vernetzen sich mit Wirtschaftskammern oder sensibilisieren ihr Beratungspersonal.

Denn: Deutschland hat zwar immer mehr Studierende, aber auch immer mehr Abbrecher. Die Zahlen des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) haben viele geschockt. Auch in der Nach-Bologna-Zeit brechen 28 Prozent der Bachelor-Studierenden das Studium vorzeitig ab. Bei den Ingenieurwissenschaften sind es noch mehr.

Da sind neue Ideen gefragt. Ulla Spannring, Abteilungsleiterin beim Studentenwerk Gießen, verweist auf das zusammen mit der Wirtschaft entwickelte Komplettangebot. „Alle Studierenden sollen wissen, an wen sie sich wenden können“. Die Beratungsangebote für potenzielle Aussteiger sind gut besucht: „Wir haben ein volles Haus“, berichtet die Abteilungsleiterin.

Für Horst Hippler, den Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), ist die Sache klar: „Wir müssen Wege finden und ausbauen, um je nach Studienleistung eine verkürzte Berufsausbildung zu ermöglichen.“ Deshalb sieht er die Kooperationen, die mit der Wirtschaft entstehen, „sehr positiv“. Helfen will auch Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU). In 18 Pilotprojekten sollen die Umsteiger Berufe im dualen System

erlernen. „Wir brauchen einen engeren Kontakt zwischen Studienabbrechern und den Kammern und Unternehmen, damit diese schnell zueinander finden.“ Wanka will, dass Studienaussteiger eine verkürzte Ausbildung machen können. Dazu müssten die erbrachten Studienleistungen besser anerkannt werden. Dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) gefällt diese Idee: Das Handwerk brauche diese ausbildungsstarken Jugendlichen, sagt der oberste Handwerker, Hans Peter Wollseifer. Er weiß genau, dass in den kommenden zehn Jahren 200.000 Handwerksunternehmer einen Nachfolger suchen. „Die Karrierechancen im Handwerk sind bemerkenswert“, so Wollseifer. Für die Abgeordnete Patricia Lips (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag, fehlt es allenthalben an Informationen: „Viele wissen zu Beginn ihres Studiums nicht um die hoch attraktiven beruflichen Perspektiven, die sich auch außerhalb eines Studiums bieten.“

In Hessen klappt die Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft nicht nur in Gießen schon ganz gut. Sieben Studentenwerke haben sich vernetzt und arbeiten daran, den Studienanstieg aus der Tabu-Ecke herauszuholen.

So auch in Darmstadt. Fünf Partner haben sich in einer gemeinsamen Anlaufstelle zusammengefunden: das Studentenwerk mit seiner Sozial- und Psychotherapeutischen Beratung, die zentralen Studienberatungen der Hochschulen, das Hochschulteam der Agentur für Arbeit, die Ausbildungsberatung der Handwerkskammer und die Bildungsberatung der Industrie- und Handelskammer. Die Experten beraten gemeinsam über die Stärken einer dualen Ausbildung.

Für Ursula Frühwein, Leiterin der Abteilung Beratung und soziale Dienste des Studentenwerks Darmstadt, ist es wichtig, möglichst schnell die sehr „zähe Phase der Unsicherheit, der Zweifel“ zu überwinden. „Viele Studierende wissen in dieser Zeit noch nicht: Mache ich weiter oder breche ich ab? Man sammelt keine Scheine mehr, aber den Schritt zu neuen Ufern, den wagt man auch noch nicht.“ Die Psychotherapeuten und die Sozialberater des Studentenwerks unterstützen die Ratsuchenden bei diesen schwierigen Fragen: Was ist mir wichtig, wo will ich hin, wie komme ich selber damit klar, wenn ich ein Studium abbreche. „Wir zeigen in der ergebnisoffenen Beratung auf, welche Alternativen es zur Ausbil-

dung an der Hochschule gibt. Ebenso machen wir aber auch deutlich, wie das Studium doch noch gelingen kann.“

Dass es auch nach einem Studienabbruch erfolgreich weitergehen kann, belegen viele prominente Beispiele. Bergsteiger Reinhold Messner brach sein Studium im Fach Vermessungskunde ab. Bill Gates gab vorzeitig an der Eliteuniversität Harvard auf. Stattdessen gründete er Microsoft und wurde der reichste Mann der Welt. Für Apple-Gründer Steve Jobs und Steve Wozniak waren Computer spannender als Vorlesungen. Die Abbrecher-Liste ist lang.

Diplom-Psychologe Wilfried Schumann, Leiter des Psychologischen Beratungs-Services von Universität und Studentenwerk Oldenburg, unterscheidet gerne in „gute“ und „schlechte“ Studienabbrüche. Denn: Hat ein Studierender das falsche Fach gewählt, dann sollte er möglichst „früh die Kurve kratzen“. In diesem Fall spricht Schumann von einem guten Abbruch. „Wir ermutigen den Studierenden sogar, Konsequenzen zu ziehen. Es macht in diesem Fall einfach keinen Sinn, weiterhin in eine Sackgasse zu rennen.“ Das sieht HRK-Chef Hippler genauso: „Ein Studienabbruch ist keineswegs als Scheitern zu betrachten, sondern sollte als Umorientierung verstanden werden.“

Schlechte Studienabbrüche, erläutert Schumann weiter, sind solche, bei denen die finanzielle Absicherung fehlt. „Auch Prüfungsängste oder schlechte Berufsaussichten treiben Studierende in eine Vermeidungsspirale, die dann am Ende des Tages dazu führt, sich sang- und klanglos von der Uni zu verabschieden.“

Die Studienentscheidung ist immer auch ein Risiko. „Wir haben Abbruchquoten von 25 Prozent und aufwärts in Europa. Das wird niemand auf null zurückführen können“, so Schumann. Deshalb sieht er den Ausstieg auch als Chance: „Wer es aber schafft, die Sackgasse zu verlassen, der kann durchaus auch stolz auf sich sein.“



DER AUTOR
Klaus Heimann ist freier Journalist in Berlin und nimmt sich Themen aus der Bildungs- und Arbeitswelt vor. » kl-heimann@t-online.de

28%
der Bachelor-Studierenden
brechen ihr Studium
vorzeitig ab.

Foto: Rolf Schulten

Fotos: Rolf Schulten, Deutscher Bundestag/Patrick List, ZDH/Stegener, privat (Autor)



»Ein Studienabbruch ist keineswegs als Scheitern zu betrachten, sondern sollte als Umorientierung verstanden werden«

Horst Hippler
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz



»Viele wissen zu Beginn ihres Studiums nicht um die hoch attraktiven beruflichen Perspektiven, die sich auch außerhalb eines Studiums bieten«

Patricia Lips
Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Bundestag



»Die Karrierechancen im Handwerk sind bemerkenswert«

Hans Peter Wollseifer
Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH)

Die Unpräventiöse

BIRGITTA WOLFF Sie ist die erste externe Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt. Einst flog sie in Sachsen-Anhalt aus dem Kabinett, weil sie dem Ministerpräsidenten öffentlich widersprach. Als Uni-Chefin will sie sich der Kraft des besseren Arguments beugen.

TEXT: Frank van Bebber FOTOS: Rolf Oeser

Birgitta Wolff tritt auf die Terrasse, die der Architekt fast über die gesamte Breite in die Fassade des Präsidialgebäudes eingelassen hat. Sie blickt herab auf den Campus der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, in dessen Bau in den vergangenen Jahren eine Milliarde Euro floss. Hier soll Wolff als neue Präsidentin der Universität Ehemalige empfangen und Stifter umwerben. Doch sie mag diesen Ort nicht. „Hier oben Häppchen essen, mag ja ganz schön sein“, sagt sie. „Doch wie sieht das für die da unten aus, die hochschauen.“ Am liebsten hätte Wolff ihr Präsidialbüro ins Erdgeschoss verlegt, näher heran an Studierende und Mitarbeiter. Doch dort hat der Architekt Konferenzräume eingerichtet.

Es wird einiges anders werden an der Universität Frankfurt, so viel steht nach 100 Tagen Amtszeit Wolffs fest. Ihr Vorgänger im Präsidentenamt, der Biochemiker Werner Müller-Esterl, feierte den Campus, an dem Wolff herummäkelt, als schönsten Europas. Müller-Esterl mochte Superlative für seine Universität und gab am Ende seiner Amtszeit als Ziel „Harvard am Main“ aus. Wolff ließ schnell die Luft aus der Elite- und Protzrhetorik: „Goethe am Main fände ich auch sehr schön.“ Ihr Vorgänger hatte eine repräsentative Skulptur in seinem Büro. Wolff ließ sie wegschaffen, um Platz für ein Flipchart zu schaffen. Die Lokalpresse hat der Präsidentin

das Adjektiv „locker“ verpasst. Sie selbst sagt, sie wolle im Amt keine Rolle spielen. „Das fand ich auch bei anderen schon immer fragwürdig.“

Wolffs bisher größter öffentlicher Erfolg war ein Rauswurf. Vor zwei Jahren wurde sie in Sachsen-Anhalt als Wissenschaftsministerin gefeuert, weil sie die Sparpolitik von Ministerpräsident Reiner Haseloff offen kritisiert hatte. Seither gilt die heute 49 Jahre alte Wirtschaftsprüferin als Unbeugsame, als jemand, der für seine Überzeugung einsteht und den selbst das Machtwort eines Ministerpräsidenten nicht auf Linie bringt.

Als DIE ZEIT sie wenige Wochen nach ihrer Entlassung aus dem Ministeramt fragte, warum sie unter dem Druck des Ministerpräsidenten nicht klein beigegeben und geschwiegen habe, sagte sie: „Es gab häufig ‚klare Ansagen‘. Und dafür bin ich nicht empfänglich, wenn sie nicht inhaltlich plausibel sind.“ Anschließend gönnte sich Wolff eine Auszeit, machte Urlaub mit ihren Nichten und Neffen, kümmerte sich um ihre beiden Reitpferde und kehrte auf ihren Lehrstuhl an die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zurück.

Nun aber ist sie selbst Präsidentin. Seit Anfang des Jahres 2015 steht sie an der Spitze der Goethe-Universität



»Man muss sich die Mühe machen, gute Argumente zu benennen. Und wenn man sich dabei ertappt, dass man das nicht kann, muss man die eigene Position einmal überdenken«

Frankfurt am Main. Eine Aufgabe, die nicht viel kleiner ist als der Ministerposten in Sachsen-Anhalt. Dort sind im ganzen Land 56.000 Studierende eingeschrieben, an der Frankfurter Goethe-Universität sind es 45.000. In 16 Fachbereichen lehren und forschen 636 Professoren. Wolff verantwortet einen Jahresetat von 692 Millionen Euro.

Muss sie da selbst nicht einmal ein Machtwort sprechen, Menschen auf Linie bringen? Nein, sagt sie. Von Machtworten hält sie immer noch nichts. Sie seien nicht wirklich hilfreich, nicht für Ministerpräsidenten und schon gar nicht für eine Uni-Präsidentin. „Wir könnten doch einmal schauen, ob es unter intelligenten Menschen nicht möglich ist, den zwanglosen Zwang des besseren Arguments zumindest mitregieren zu lassen.“

Aus der Runde der Dekane warf sie in Frankfurt als erstes deren Referenten und die Mitarbeiter der Verwaltung heraus. Die Chefs der Fachbereiche sollten keine Rolle mehr vor Publikum spielen, sondern unter sich Argumente austauschen. Am Ende veränderte sich so der Inhalt der Kommunikation, sagt Wolff, die vor ihrem Sprung ins Landeskabinett von Sachsen-Anhalt internationales Management gelehrt hatte. In den ersten Wochen ihrer Frankfurter Amtszeit hat sie so viel mit Menschen an der Universität geredet, dass ihr Professoren bei Besuchen Tipps gaben, wie eine heisere Stimme wieder in Schwung kommt. Als erste Präsidentin, die nicht aus der Universität selbst kommt, hat sie den Vorteil, auch scheinbar einfache Fragen stellen zu können. Als „kommunikativ“ beschreibt sie ihren Führungsstil.

ZUR PERSON

Birgitta Wolff ist die erste Frau an der Spitze der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Doch bei Fragen danach winkt sie ab. Sie war auch bei der Habilitation, als Professorin und Dekanin jeweils erste Frau am jeweiligen Institut. Nach einer Banklehre hatte die 1965 im Münsterland geborene Wolff in Witten/Herdecke, München und Washington Wirtschaftswissenschaften studiert. Mit 35 Jahren wurde sie Professorin für Betriebswirtschaftslehre in Magdeburg, mit 44 Ministerin in Sachsen-Anhalt. Nach ihrer Entlassung 2013 kehrte sie an die Universität zurück. Bei der Wahl zur Frankfurter Uni-Präsidentin erreichte sie erst im vierten Wahlgang die nötige Mehrheit. Doch wurde dies vor allem als Denkmittel für die Findungskommission gewertet, die keinen internen Kandidaten zugelassen hatte.

Eine ihrer wichtigsten Regeln: Die Perspektive des anderen immer schon mitdenken. Auch darum stören sie Häppchen-Empfänge auf einer Chef-Terrasse, zu der die anderen aufschauen müssen.

Noch unverständlicher findet Wolff, dass das Eingangsportaal des Präsidialbaus nicht einmal eine Klinke hat. Vielleicht eine Laune des Architekten, vielleicht eine Sicherheitsüberlegung, niemand weiß das mehr genau. Jedenfalls kann nur der Pförtner von innen öffnen, häufigere Besucher kennen den Trick, die Taste für Rollstuhlfahrer zu benutzen. Was für ein Bild: Eine Präsidentin, die den offenen Austausch forciert, sitzt in einer Trutzburg.

Bildlich gesprochen montiert Wolff jetzt Tag für Tag Klinken an den Präsidialbau, damit Ideen und Meinungen den Weg in ihr abgelegenes Eckbüro in der vierten Etage finden. Für die Forschung will sie einen Forschungsrat einrichten, sie spricht von einem Rat der Weisen, der Argumente abwägt, bevor Senat und Präsidium entscheiden. Für die Lehre plant die Präsidentin eine Taskforce, die Ideen und Erfahrungen zusammenträgt. „Dabei könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass die Hälfte Studierende sind“, sagt sie. „Solche Gremien darf man nicht einfach nach Hierarchie- oder Quotenproporz besetzen. Besser schaut man, wer die besten Informationen und Ideen hat.“

AStA-Sprecher Daniel Katzenmaier setzt darauf, dass Wolff „nicht so stark durchregiert“, es mehr Moderation und Autonomie für die Fachbereiche gibt. Den Professoren hat ihr Stil zumindest gefallen, als sie

Ministerin war. 2011 wurde sie in einer Abstimmung unter Hochschullehrern zur besten Wissenschaftsministerin Deutschlands gewählt.

Das Einbeziehen aller ist für Wolff aber kein Selbstzweck. Sie spielt durchaus nach den Regeln der anderen, wenn es nützt. Als sie Ministerin wurde, trat sie auf Bitten des Ministerpräsidenten in die CDU ein. Auch im Sport ziehe man sich das Trikot der Mannschaft über, wenn man einspringe, sagt sie. „Sonst stiftet man nur Verwirrung.“

Erklärt die Management-Professorin ihren Stil, geht es weniger um Demokratietheorie, sondern darum, wie sich Bottom-up-Informationen am besten aggregieren lassen. Auf Konsens abzielende Entscheidungen steigern die Erfolgchancen, weiß die frühere Ministerin, „sonst hat man immer Querschüsse und wir stehen nach außen hin da wie ein Kasperletheater“. Wer Geld vom Land, vom Bund oder der EU wolle, dürfe nicht zu diffus sein. Eines ihrer Ziele: kein unkoordinierter Bauchladen, sondern ein Markenkern für die Forschung.

Dabei lässt Wolff gerne wie nebenbei aufblitzen, welche Kontakte sie mitbringt aus ihrer Zeit als Wissenschaftlerin in Deutschland und den USA sowie als Ministerin. Mit dem Vizechef der Generaldirektion



Foto: privat (Autor)

Forschung der EU redet sie darüber, welchen Beitrag Frankfurt in Zeiten des Terrors zum interreligiösen Dialog leisten kann. Mit dem Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Joybrato Mukherjee, hat sie Handy-Nummern ausgetauscht. Bislang hatten sich die Chefs von Frankfurt und Gießen vor allem über die Medien über unterschiedliche Ansichten gestritten. Wolff kennt Mukherjee aus ihrer Zeit als Ministerin vom Besuch der Rektorenkonferenzen. Nun schreiben beide ein gemeinsames Papier zur Hochschulentwicklung im Land. Und damit Hessens Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU) darüber nicht verschneit ist, hat Wolff ihm einen Entwurf des Papiers geschickt. Sie weiß ja, wie das ist im Ministeramt. Den Präsidenten der Frankfurt University of Applied Science, Frank E. P. Dievernich, kennt sie als Studienfreund aus Witten/Herdecke. Mit ihm hat sie eine sich ergänzende Partnerschaft vereinbart.

„Immer nur gegenseitige Forderungen – das ist kein Ansatz, den ich schätze“, sagt Wolff. „Wenn dann immer so penetrant nur icke, icke, icke kommt – das geht nicht.“

Aber kann das erfolgreich sein im Kampf um Geld und Köpfe? Es gehe darum, gemeinsam den Kuchen für alle zu vergrößern, sagt sie und spricht von Win-win-Situation statt Rattenrennen. Einen Erfolgsbeweis für die Kraft des Arguments sieht sie ausgerechnet in Sachsen-Anhalt. Die von ihr kritisierten Hochschul-Einsparungen seien vom Ministerpräsidenten nach ihrem Rauswurf nicht umgesetzt worden. „Man muss sich die Mühe machen, gute Argumente zu benennen“, folgert sie. „Und wenn man sich dabei ertappt, dass man das nicht kann, muss man die eigene Position noch einmal überdenken.“

Wolff hat nun Handwerker bestellt. Sie sollen eine Klinke an die Eingangstür zum Frankfurter Präsidialbau montieren, damit er auch von außen zu öffnen ist.

BIRGITTA WOLFF ÜBER ...

Akademisierungswahn

„Die Überbewertung akademischer Abschlüsse gegenüber anderen und das damit verbundene Gerede von Bildungsauf- und -absteigern drängt Jugendliche in Ausbildungswege, die für sie selber vielleicht gar nicht die besten sind.“

Studentenwerke

„Sollten erstens anders heißen und zweitens noch näher an den sich wandelnden Bedürfnissen der Studierenden sein.“

Hochschulfinanzierung

„Wir Hochschulen müssen andere noch mehr von unseren Qualitäten überzeugen, damit Politik und Private besser verstehen, warum ihr Geld hier gut investiert ist.“

Internationalisierung

„Schon Goethe wusste, Reisen bildet – dem führen wir uns verpflichtet.“



DER AUTOR
Frank van Bebber ist freier Journalist in Frankfurt am Main
» frank.vanbebber@t-online.de

Mismatch

TRENDWENDE ERFORDERLICH Das deutsche Bildungssystem produziert am Markt vorbei zu viele Jugendliche ohne Berufsabschluss. Für den Arbeitsmarkt ist eine präventive Bildungspolitik erforderlich.

TEXT: Gerhard Bosch ILLUSTRATION: Jacqueline Urban

Vor rund 20 Jahren stieg die Arbeitslosenquote der gering Qualifizierten auf über 20 Prozent. Seitdem stagniert sie mit leichten Schwankungen auf diesem hohen Plateau. Das sollte sich mit den Hartz-Gesetzen grundlegend ändern. Durch Lohnsenkungen am unteren Ende sollten die Löhne der gering Qualifizierten an ihre niedrige Produktivität angepasst werden, um so ihre Einstellung für die Unternehmen ökonomisch wieder attraktiv zu machen. Diese in abstrakten Modellen so elegant abgeleitete Lösung funktionierte in der Praxis jedoch nicht. Obwohl die gering Qualifizierten deutlich billiger wurden, stellten die Unternehmen noch weniger von ihnen ein als zuvor. Stattdessen wurden aber viele gut qualifizierte Beschäftigte schlechter als zuvor bezahlt. Der wachsende Niedriglohnsektor in Deutschland wurde also nicht zum erhofften Auffangbecken einfacher Arbeit. Inzwischen sind mit wachsender Tendenz 75,4 Prozent der Niedriglöhner qualifiziert. Von diesen 75,4 Prozent haben 66,8 Prozent eine berufliche und 8,6 Prozent sogar eine akademische Ausbildung. Auch die kräftige Beschäftigungszunahme der vergangenen Jahre ist an den gering Qualifizierten fast spurlos vorbeigegangen. Qualifikationsprobleme lassen sich offensichtlich weder mit Lohnsenkungen noch mit Wachstum lösen, sondern wir müssen endlich unsere Hausaufgaben im Bildungssystem machen.

Diese Hausaufgaben sind deutlich umfangreicher als in der Vergangenheit, da sich das Einstellungsverhalten der deutschen Unternehmen in den vergangenen 20 Jahren drastisch verändert hat. Der wichtigste Trend ist der Verfall der einfachen Arbeit und die stei-

gende Nachfrage nach beruflich und akademisch ausgebildeten Fachkräften. Seit Mitte der 1990er Jahre sind die vormals sehr hierarchisch strukturierten Unternehmen in einer von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen „stillen Revolution“ grundlegend umgebaut worden. Hierarchieebenen verschwanden ersatzlos und Verantwortung wurde nach unten delegiert, um flexibler auf die Nachfrage reagieren zu können und Innovationen schneller auf den Markt zu bringen. Die traditionellen einfachen Tätigkeiten verloren stark an Bedeutung und die Unternehmen stellten fast nur noch Fachkräfte ein. Selbst in den einfachen Tätigkeiten sind heute mehrheitlich Arbeitskräfte mit einer Berufsausbildung beschäftigt, da auch hier die Anforderungen gestiegen sind. Die spracharmen Muskeltätigkeiten sind fast verschwunden und die verbleibenden einfachen Tätigkeiten erfordern in der Industrie zunehmend Technikenkenntnisse und Umgang mit abstrakten Symbolen, wie etwa in der automatisierten Lagerhaltung. Für einfache Dienstleistungstätigkeiten ist Kommunikationsfähigkeit gefordert – oft auch in Englisch.

Für An- und Ungelernte ist der Sprung in die Stammebelegschaften vor allem in den größeren Unternehmen mit ihren formalisierten Einstellungsverfahren kaum noch zu schaffen. Etwas besser sieht es noch in kleineren Unternehmen aus. Dort schaut man sich noch eher den Einzelfall an und gibt auch Beschäftigten ohne Berufsabschluss eine Chance, ihre Potenziale zu entwickeln. Die Bedeutung von Facharbeit ist in Deutschland wegen des guten Berufsausbildungssystems besonders ausgeprägt. Die Zahl der Hochschulabsolventen stieg und die Unternehmen, die selber ausbilden, konnten zusätzlich



wegen der hohen Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung „aus dem Vollen schöpfen“ und sich aus dem großen Pool der qualifizierten Arbeitslosen bedienen. Vor allem ist der Trend zu Facharbeit selbstverstärkend. Wenn Unternehmen einmal gelernt haben, weniger von oben zu kontrollieren und ihren Fachkräften Handlungsspielräume einzuräumen, erkennen sie sehr schnell die ökonomischen Vorteile einer solchen dezentralen Unternehmensorganisation. Man wird nicht nur schneller und besser, sondern spart auch Kontrollkosten. Ein deutsch-britischer Vergleich im Maschinenbau zeigte kürzlich, dass die deutschen Unternehmen nur vier Prozent ihrer Arbeitskräfte auf der ersten Führungsebene beschäftigten, die britischen hingegen elf Prozent. In vielen anderen Branchen lassen sich ähnliche Beispiele finden. Die Kombination von beruflich ausgebildeten Fachkräften und guten Ingenieuren ist das eigentliche Geheimnis der hohen deutschen Wettbewerbsfähigkeit.

Unser Bildungssystem hält allerdings nicht Schritt mit der steigenden Nachfrage nach Fachkräften und „produziert“ stattdessen am Markt vorbei zu viele Jugendliche ohne Berufsabschluss. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben in einer langfristigen Prognose berechnet, dass bei Fortschreibung der gegenwärtigen Bildungstrends das Angebot an gering Qualifizierten zum Jahre 2025 um rund 1,3 Millionen über der erwarteten Nachfrage der Wirtschaft liegen wird.

Der Politik ist das Problem seit Längerem bekannt. Der Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit der

Bundesregierung von 2006 sprach sogar schon von „Rissen im Fundament“. Nicht zuletzt deshalb einigten sich die Regierungschefs des Bundes und der Länder 2008 auf dem Dresdner Bildungsgipfel auf sehr anspruchsvolle Ziele. So sollte der Anteil der jungen Erwachsenen (20- bis 29-Jährige) ohne Berufsabschluss bis 2015 von rund 17 Prozent auf 8,5 Prozent halbiert werden. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. 2013 lag der Anteil immer noch auf dem zu hohen Niveau von 13,8 Prozent. Das bedeutet, dass rund 1,4 Millionen junge Erwachsene keinen Berufsabschluss haben und auch nicht dabei sind, einen zu erwerben.

Wenn sich nichts ändert, wird sich am unteren Rande der Qualifikationshierarchie der Sockel der Langzeitarbeitslosen verfestigen, während auf der anderen Seite Fachkräfte fehlen. Diese Lücke wird man nicht alleine durch Zuwanderung schließen können. Vor allem ist Langzeitarbeitslosigkeit über viele Jahrzehnte erheblich teurer als eine präventive Bildungspolitik, die im Übrigen die beste Arbeitsmarktpolitik ist. Eine Trendwende ist nur durch ein Paket von Maßnahmen zu erreichen. Dazu gehören der Ausbau der vorschulischen Erziehung, damit die sprachlichen Voraussetzungen für schulischen Erfolg gelegt werden, eine Verringerung der Zahl der Schulabbrecher, eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze und die Möglichkeit einer zweiten Chance im Erwachsenenalter, einen Berufsabschluss nachholen zu können.



DER AUTOR
Gerhard Bosch ist Professor an der Universität Duisburg-Essen für die Bereiche Arbeits- und Wirtschaftssoziologie sowie geschäftsführender Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation



Langzeitarbeitslosigkeit ist über viele Jahrzehnte erheblich teurer als eine präventive Bildungspolitik, die im Übrigen die beste Arbeitsmarktpolitik ist

»Studiengebühren sind wie das Ungeheuer von Loch Ness«

13 FRAGEN AN ... SWEN SCHULZ (SPD) über die CSU am Verhandlungstisch und klebrige Finger der Finanzminister.

1 Herr Schulz, jetzt haben Sie mit der Union die Verfassung der Bildungsrepublik verändert. Aber was ist eigentlich besser geworden? Bisher konnte der Bund den Hochschulen nur befristet helfen. Jetzt kann er in die Grundfinanzierung einsteigen. Wenn wir das neue Grundgesetz haben, dann müssen wir auch etwas daraus machen – ein Programm für Nachwuchswissenschaftler zum Beispiel.

2 Wollten Sie nicht viel mehr erreichen? Ich hätte mir die komplette Abschaffung des Kooperationsverbots vorstellen können, so dass der Bund auch Schulen unter die Armen greifen könnte, etwa bei der Inklusion.

3 Wieso hat das nicht geklappt? Ich will hier keine Details aus den Koalitionsverhandlungen preisgeben. Aber so viel kann ich sagen: Bayerns Kultusminister saß mit am Tisch ...

4 ... und war exzellent vorbereitet. Die CSU war jedenfalls der starke Faktor auf Seiten der Union.

5 Wieso tun Sie sich als Bundespolitiker Bildung an. Das ist doch frustrierend! Manchmal zweifle ich an der Weisheit dieses Entschlusses. Aber das sind nur Momentaufnahmen. Für mich ist Bildung kein Thema für pathetische Sonntagsreden, sondern die Basis von Innovation, Zukunft und Gerechtigkeit. Außerdem gibt's ja Erfolge, zum Beispiel die grundlegende BAföG-Reform.

6 Erfolg? Das BAföG war doch nur Faustpfand für die Verfassungsreform! Wie auch immer: Die Erhöhung des BAföG und auch der Freibeträge sind ein politischer Erfolg. Das BAföG war bei den Koalitionsverhandlungen aus dem Vertragstext herausgeflogen – und wir haben es jetzt trotzdem erhöht.

7 Wie kann eigentlich die Studienförderung herausfliegen in einem Moment, in dem wir so viele Studierende haben wie nie zuvor? Es hat mich erzürnt, nur soviel dazu. Aber die strukturellen Verbesserungen machen das wett. Studierende mit Familien

profitieren, die Förder-Lücke zwischen Bachelor und Master wird geschlossen, der Bund kann das künftig alleine regeln ...

8 ... und die Länder können mit den gesparten 1,2 Milliarden Euro pro Jahr machen, was sie wollen? So einfach ist das nicht. Wir haben im Haushaltsausschuss die Bundesregierung beauftragt, ein Monitoring einzurichten. Das heißt: Der Bund schaut, dass die ehemaligen BAföG-Milliarden der Bildung zugute kommen.

9 Könnte man das Geld nicht an das Studentenerkennungsnetzwerk durchreichen? Dann wäre es sicher für die Studierenden angelegt. Dafür habe ich begrenzt Verständnis. Die Kitas, Schulen und Berufsschulen brauchen auch Geld, nicht nur die Hochschulen.

10 Können Sie das als Haushälter verlässlich kontrollieren? Wir können appellieren und auch laut werden, wenn die klebrigen Finger der Finanzminister die Mittel aus der Bildung abzweigen wollen. Aber rechtlich haben wir keine Handhabe.

11 Was können Sie mit dem Stichwort Akademisierungswahn anfangen? Nicht viel. Ich finde es richtig, im 21. Jahrhundert so viele Studienplätze wie möglich bereitzustellen. Ein Problem für die duale Ausbildung kann ich nicht erkennen – jedenfalls im Moment nicht.

12 Aber was, wenn die Betriebe keine Lehrlinge mehr finden? Dann müssen sie attraktive Ausbildungen anbieten. Die Leute gehen zwar aufs Gymnasium – aber sie wandern ja nicht aus. Denen muss man etwas bieten.

13 Und was ist mit den Studiengebühren? Die tauchen immer wieder auf wie das Ungeheuer von Loch Ness. Ich bleibe dabei: Bildung darf nichts kosten.

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Journalist, Buchautor und Pisaversteher.

ZUR PERSON

Sven Schulz
Der 47-jährige gebürtige Hamburger und Bundestagsabgeordnete ist Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Er ist seit 29 Jahren Mitglied der SPD. Sven Schulz hat zwei Kinder und lebt in Berlin.

DER DSW-PRÄSIDENT HAT DAS LETZTE WORT

BAföG für Toiletten

Das Geld, das das Land Hessen nicht mehr für das BAföG ausgeben muss, will es „eins zu eins“, „jeden Euro und jeden Cent“, in seine Hochschulen investieren. Das sagt der hessische Finanzminister. 81 Millionen Euro werden in einem Sonderfonds gebündelt. Prompt gibt es Kritik, das sei ein „verheerendes Signal gegenüber den hessischen Schulen“.

Anders in Berlin. Dort bekommen die Hochschulen einen Teil der frei werdenden BAföG-Mittel; mit dem anderen, dem größeren Teil der Mittel, wird ein Bau- und Sanierungsprogramm aufgelegt. Es werden die Schultoiletten saniert – und das BAföG-Amt des Studentenwerks Berlin.

Was ist passiert? Weil der Bund seit diesem Jahr die Kosten des BAföG alleine trägt, haben die 16 Bundesländer, die bisher 35 Prozent des BAföG bezahlten, mehr Geld in ihren Haushalten. 1,17 Milliarden Euro. Im Jahr. Geld, das sie für Hochschulen und Schulen verwenden sollen – so lautete zumindest eine erste, aber keineswegs bindende Vereinbarung mit dem Bund.

Die Länder agieren – wen überrascht's? – ganz unterschiedlich. Niedersachsen will stark in die frühkindliche Bildung investieren; Bremen teilt die Mittel je zur Hälfte auf für seine Schulen und seine Hochschulen.

Niemand kann ernsthaft etwas gegen saubere Schultoiletten oder mehr Integrationshelfer an Schulen einwenden, geschweige denn gegen frühkindliche Bildung. Nur: Die Beispiele zeigen eine tiefsitzende Misere in unserem Bildungssystem. Musste wirklich erst eine mehr als 40 Jahre währende Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern geändert werden, damit die Länder ihre Schulen und Hochschulen besser ausstatten und einen langanhaltenden Investitionsstau abzumildern versuchen? Hat der Bund deswegen die volle Finanzierung des BAföG übernommen?

Zur Erinnerung: Das Geld, das die Länder nun für so ziemlich alles verwenden, was man irgendwie als Bildung bezeichnen kann, war bisher zweckgebunden für die direkte Förderung von Studierenden. Von Studieren-

»Ja, wir wollen etwas von diesem Kuchen abhaben, so wie die Hochschulen, die Schulen und die Kitas es auch wollen«

Dieter Timmermann, Präsident des Deutschen Studentenwerks



den, die von ihren Eltern nicht ausreichend finanziert werden können.

Wir setzen uns als Deutsches Studentenwerk dafür ein, dass die Länder zumindest einen Teil ihrer frei werdenden BAföG-Mittel für die Studentenwerke einsetzen, also für die indirekte Förderung der Studierenden. Ja, wir wollen etwas von diesem Kuchen abhaben, so wie die Hochschulen, die Schulen und die Kitas es auch wollen.

Sehen wir's doch, wie es ist: Dieser Kuchen ist schon mehrfach verteilt. So groß, wie der Hunger auf ihn ist, kann er gar nicht sein. So sehr es Sinn macht, sich am Verteilungskampf – und nichts anderes ist es – zu beteiligen, so klar muss man wissen: Der Kuchen ist zu klein.

Die frei werdenden BAföG-Mittel reichen hinten und vorne nicht, um die Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems anzugehen. Wir müssen die Quellen der Finanzierung unseres Bildungssystems viel besser erschließen als bisher, auch wenn, das sei zugestanden, der Bund so viel Geld in Forschung und Wissenschaft pumpst wie nie zuvor.

Glücklich das Land, das auch ohne Änderung seiner Bund-Länder-Finanzbeziehungen seine Schultoiletten in Ordnung halten kann.

Ihr

Dieter Timmermann

Antworten oder diskutieren Sie mit Dieter Timmermann:

» dieter.timmermann@studentenwerke.de

Foto: Kay Herschelmann

BUNDESKUNSTHALLE

17.4. – 17.5.2015

KUNSTSTUDENTINNEN UND KUNSTSTUDENTEN STELLEN AUS
22. BUNDESWETTBEWERB – GEFÖRDERT VOM

Deutschland
Germany

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

DI – MI 10 – 21 UHR, DO – SO 10 – 19 UHR

KUNST- UND AUSSTELLUNGSHALLE
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
MUSEUMSMEILE
FRIEDRICH-EBERT-ALLEE 4
53113 BONN

ORGANISATORISCHER TRÄGER
Deutsches Studentenwerk

Jetzt mitmachen bei

Weltklasse!

BILDUNG MACHT ZUKUNFT

Schul-Aktionswochen vom 26. April bis zum 5. Juli 2015

Weltklasse!
-Preise
zu gewinnen

Mein
Berufswunsch: Pilot



Foto: Sam Tarling/Duram

Bundesweiter Plakatwettbewerb
„So stelle ich mir Bildung im Jahr 2030 vor ...“

Mehr Infos unter:

www.bildungskampagne.org | www.facebook.com/Globale.Bildungskampagne

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Globale
 BILDUNGS-
 KAMPAGNE